

Stadt Kirchberg



Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2023

(Stand 31.12.2023)

Vorwort

In Anwendung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen ist dem Stadtrat der Stadt Kirchberg bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Stadt Kirchberg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Dem Bericht sind die entsprechenden Angaben für Zweckverbände, deren Mitglied die Kommune ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2023 kommt die Stadt Kirchberg nicht nur ihrer nach der Gemeindeordnung bestehenden Berichtspflicht nach. Ziel ist es auch die Öffentlichkeit darüber zu informieren, in welcher vielfältiger Weise die Stadt Kirchberg im Bereich der Daseinsvorsorge tätig ist. Ein Großteil der gemeindlichen Aufgaben wird mittlerweile durch ausgegliederte, organisatorisch oder finanzwirtschaftlich verselbstständigte Organisationseinheiten erfüllt. Gerade im Hinblick auf diese zunehmende Komplexität dient der Beteiligungsbericht als wichtiges Informationsmedium. Er enthält Informationen über alle Beteiligungsverhältnisse, die die Stadt Kirchberg eingegangen ist, über die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Zusammensetzung der Organe und die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2022.

Zum 31.12.2023 war die Stadt Kirchberg an 2 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. Darüber hinaus war die Stadt Kirchberg per 31.12.2023 Mitglied in 3 Zweckverbänden.

Im ersten Teil des Beteiligungsberichtes werden die Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar beteiligt ist, in einem kurzen Lagebericht dargestellt und auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen.

Anschließend folgen die Berichte der einzelnen Unternehmen und der Zweckverbände über das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2023. Die Beteiligungsberichte der Zweckverbände sind als Anlage beigefügt.

Kirchberg, im November 2024

Obst
Bürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis	Seite
Teil A – Allgemeines	
A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes	5
A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen	6
A 3. Organigramm der Zweckverbände	7
A 4. Gesamtlagebericht	8
Teil B - Beteiligungen an Unternehmen	
B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2023	9
B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote)	10
B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG)	10
B 3. Beteiligungen an sonstigen Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote)	18
B 3.1 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)	18
Teil C – Zweckverbände	
C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2023	27
C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände	28
C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau	28
C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)	31
C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen	44

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Zweckverbände

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

Teil A – Allgemeines

A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes

Die Betätigung der Kommunen außerhalb der eigentlichen Kernverwaltung durch Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten und öffentlichen Rechts, Kooperationen mit Dritten sowie materielle Privatisierungen sind stetig gewachsen und aus der kommunalen Welt nicht mehr wegzudenken.

Alle ausgelagerten Aktivitäten haben sowohl für die Aufgabenerfüllung als auch haushaltswirtschaftlich erhebliche Konsequenzen für die jeweilige Kommune. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung der Kommune besteht auch nach Gründung einer Beteiligung und der Auslagerung von Aufgaben aus der Kernverwaltung der Kommune fort.

Die Kommune ist nach den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen der Sächsischen Gemeindeordnung zur Steuerung und Überwachung ihrer Beteiligungen verpflichtet. Durch den Beteiligungsbericht werden die Stadträte mit ausgewählten wichtigen Informationen versorgt. Er dient der Dokumentation des kommunalen Beteiligungsvermögens. Der Beteiligungsbericht betrachtet jedoch Daten und Informationen vergangenheitsbezogen und taugt daher nicht für in die Zukunft gerichtete Steuerung.

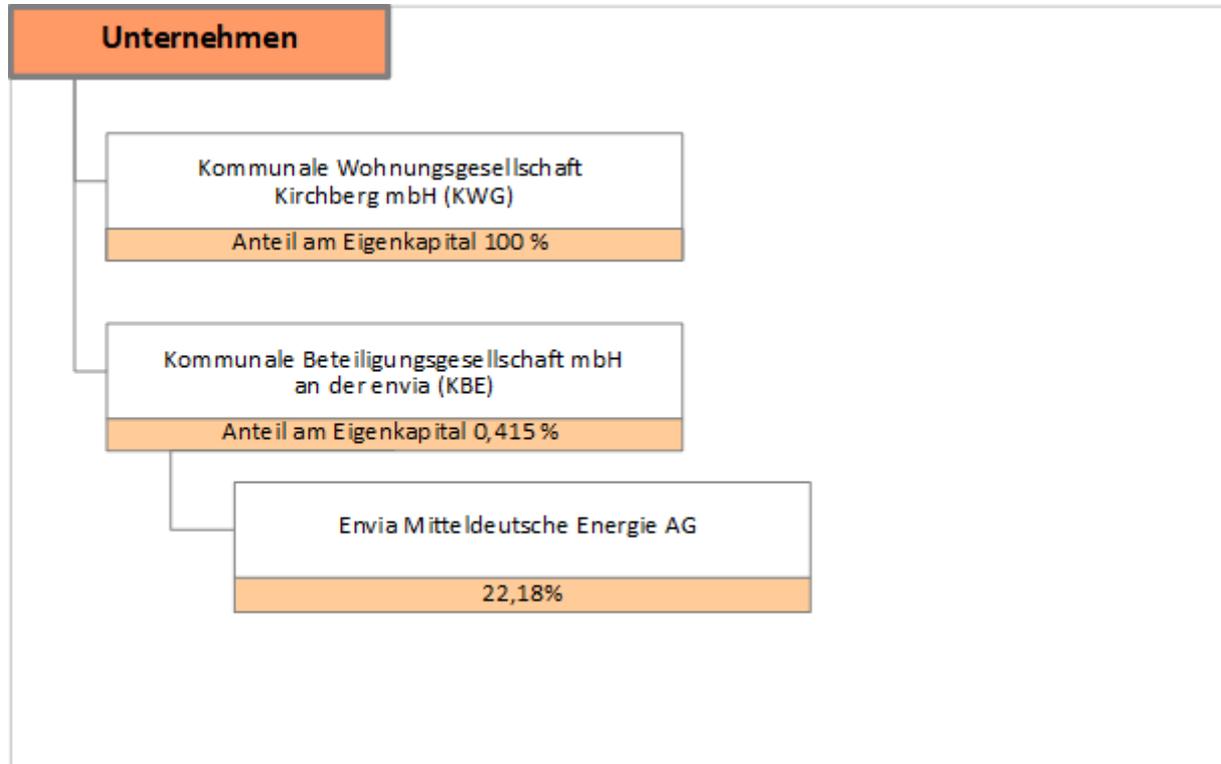
Auch die Stadt Kirchberg bedient sich zur Aufgabenerfüllung wirtschaftlicher Unternehmen und Zweckverbände. Die Ausgliederung von Aufgabenbereichen korrespondiert mit einem Informationsbedarf der Entscheidungsträger und Bürger zu diesen Unternehmen, aber auch mit einem Steuerungsbedarf der Verwaltungsleitung. Grundlage hierfür bildet u.a. der Beteiligungsbericht.

In dem Beteiligungsbericht als zusammenfassendem Informationsinstrument ist gem. § 99 der SächsGemO neben den Unternehmen in Privatrechtsform auch über Zweckverbände, deren Mitglied die Stadt ist, zu berichten. Im Beteiligungsbericht sollen sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren Beteiligungen einer Stadt erfasst werden. Berichtsjahr ist das Jahr 2023.

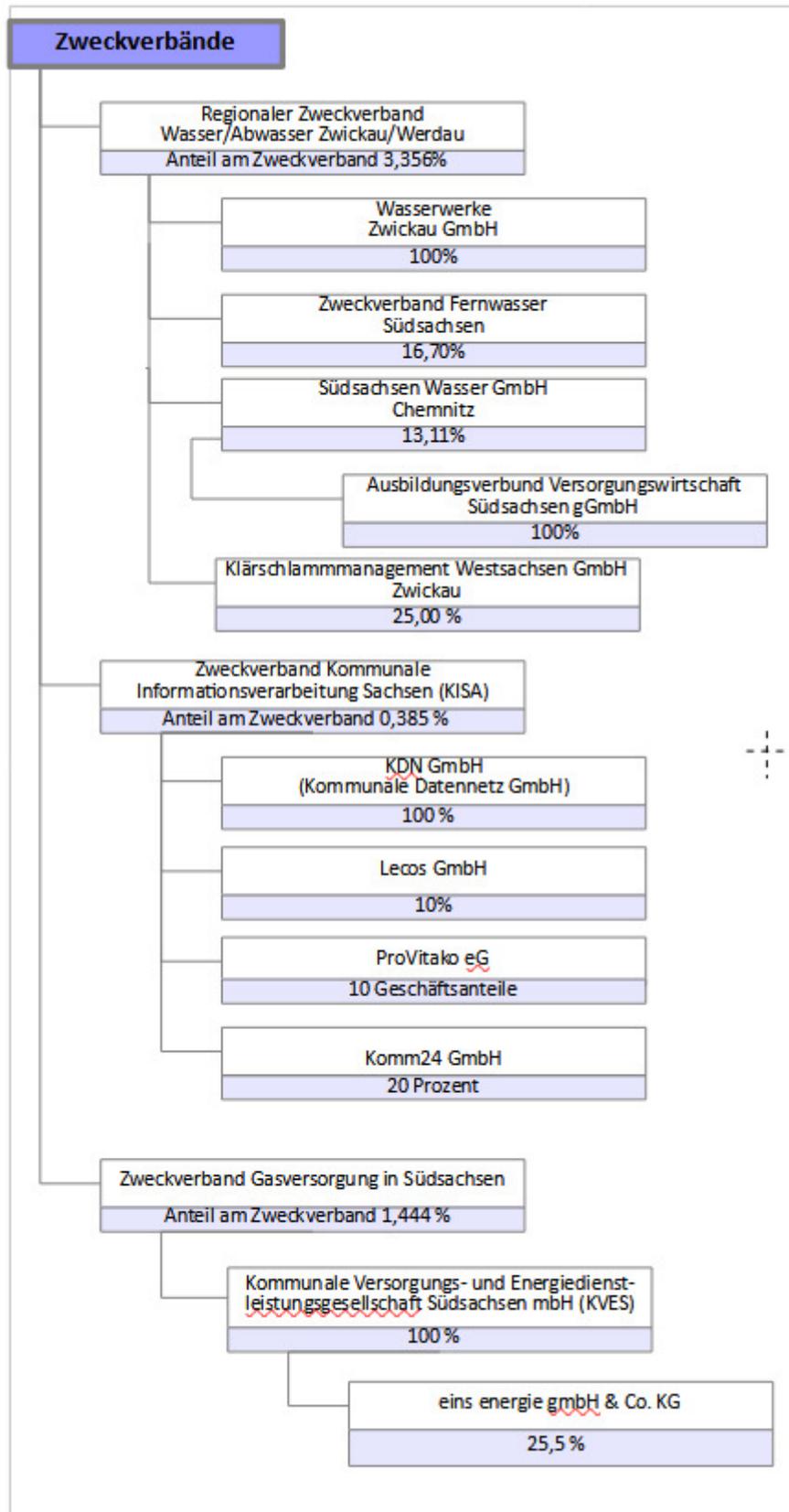
Der Beteiligungsbericht soll zunächst vorrangig die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und eine Gesamtübersicht vermitteln.

Im Bericht für 2023 sind die Unternehmen und Zweckverbände enthalten, mit denen im Jahr 2023 ein Beteiligungsverhältnis bestand. In der Regel wurden die Daten der geprüften Abschlüsse per 31.12.2023 verwendet.

A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen



A 3. Organigramm der Zweckverbände



A 4. Gesamtlagebericht

Der Beteiligungsbericht bildet alle Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden der Stadt Kirchberg im Jahr 2023 ab. Im Berichtsjahr 2023 hat es gegenüber dem Jahr 2022 keine Änderungen im Bestand der Beteiligungen gegeben.

Ertragslage

Die Beteiligungen der Stadt Kirchberg konnten auch 2023 wieder zum Ergebnis des kommunalen Haushaltes beitragen. So wurde von der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE) und vom Zweckverband Gasversorgung in Südwestsachsen eine Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt geleistet. Vom Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau erhielt die Stadt Kirchberg dagegen ein Bürgerschaftsentgelt für die anteilig verbürgte Darlehenssumme.

Leistungsaustausch, Zuschüsse an Unternehmen

Zahlungen im reinen Leistungsaustausch wurden 2023 im Rahmen der vertraglichen Grundlagen ausgeführt. Sie sind nicht gesonderter Berichtsgegenstand.

Darüber hinaus hat die Stadt Kirchberg aus ihrem Haushalt eine Betriebskostenumlage Straßentwässerung an den Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau gezahlt.

Kredite/ Bürgschaften

Im Berichtsjahr 2023 wurden an die beteiligten Unternehmen oder Zweckverbände keine Kredite ausgereicht oder Bürgschaften übernommen. Umgekehrt haben auch die Unternehmen solche Vorgänge nicht für die Stadt Kirchberg geleistet.

Die Stadt Kirchberg bürgt aber für Bestandskredite der Kommunalen Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH i.H. von 1.439.958,50 € sowie des Regionalen Zweckverbandes Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau i.H. von 278.280,16 € (Stand jeweils per 31.12.2023).

Risiken

Die in den Beteiligungen zu kalkulierenden Risiken sind in den Lageberichten durch die Geschäftsleitungen aufgeführt und beschrieben. Aus Sicht der Stadt Kirchberg bestehen darüber hinaus keine erwähnenswerten Sachverhalte und erforderlichen Ergänzungen.

Teil B – Beteiligungen an Unternehmen

B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2023

Name des Unternehmens	Stammeinlage/ Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)			Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt 2023 in TEUR	Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt 2023 in TEUR	Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt 2023 in TEUR	Sonstige gewährte Ver- günstigungen 2023 in TEUR
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %				
Wohnungs- wirtschaft							
Kommuna- le Woh- nungsge- sellschaft (KWG)	402,5 (HK)	402,5	100			Bürgschaften i.H. von 1.440,0 Rahmen für Liquidi- tätsdarlehen i.H. von 200 ,0	7,7 (Bürgschaftsentgelt)
Ver- und Entsorgung							
Kommuna- le Beteili- gungsge- sellschaft mbH an der envia (KBE)	54.134 (EK)	221,3	0,42		145,9		4,4 (Kommunalrabatt)

B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote)

B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG)

1. Beteiligungsübersicht

Name: Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg

Anschrift: Bahnhofstraße 14
08107 Kirchberg
Tel.: 037602/730-0
Fax: 037602/73026

Sitz: Kirchberg

Gründungsjahr: 10.11.1993

Rechtsform:

GmbH, eingetragen im Handelsregister (HRB 9442) beim Amtsgericht Chemnitz, (erste Eintragung vom 27.01.1994, letzter Auszug datiert vom 24.04.2018)

Stammkapital:

Stammkapital der GmbH	402.500,00 €
Geschäftsanteil der Stadt Kirchberg:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck:

Nach § 2 des Gesellschaftervertrages in der Fassung vom 27. Juni 2005 ergibt sich der Gegenstand des Unternehmens im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung wie folgt:

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, saniert und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime, Eigentumswohnungen und Teileigentum.

Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallende Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbau-rechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebau-ten, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

2. Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung

Geschäftsführung: Frau Dipl.-Betriebswirt Helga Leistner

Aufsichtsrat: 6 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Andre Wutzler, Stadtrat
Diplomkaufmann, Sparkasse Zwickau,

Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Frank Hänel, Kämmerer der Stadt Kirchberg

Mitglieder des Aufsichtsrats: Frau Kerstin Rommerskirch, Stadträtin
Altenpflegerin,
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Kirchberg

Herr Mario Wirker
Beamter, Freistaat Sachsen

Frau Dorothee Obst, Bürgermeisterin Stadt Kirchberg

Herr Rico Möckel, Stadtrat
Filialeiter Sparkasse Zwickau,
Geschäftsstelle Kirchberg,

Name des bestellten Abschlussprüfers:

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Leipzig

3. Jahresabschluss 2023

3.a) Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	2.157.208,45	2.073.834,15
b) aus Betreuungstätigkeit	39.249,55	39.111,12
	2.196.458,00	2.112.945,27
2. Erhöhung (+)/ Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	60.306,67	45.254,98
3. Sonstige betriebliche Erträge	43.156,77	48.221,59
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung (davon Grundsteuer € 47.209,76; Vorjahr € 47.209,76)	1.199.345,82	1.200.459,50
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	282.730,83	240.989,36
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung € 17.302,74; Vorjahr € 8.847,97)	94.278,18	61.215,47
	377.009,01	302.204,83
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	507.038,15	501.215,30
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	79.104,15	61.980,67
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.410,19	272,95
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47.225,46	53.888,11
10. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	92.609,04	86.946,38

3.b) Übersicht über die Kreditverbindlichkeiten

Kreditgeber	Konto-Nr. / Kredit-Nr.	Auf- nahme- jahr	Ursprungs- betrag €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Sparkasse Zwickau	6212050498	2014	1.697.070,97
Sparkasse Zwickau	6212050722	2014	1.383.418,59
Sparkasse Zwickau	6212050773	2014	257.201,34
			3.337.690,90
Sächsische Aufbaubank - Förderbank -, Dresden	280.224922.9	2003	4.420.566,00
			4.420.566,00
			7.758.256,90
Zins- und Tilgungsabgrenzung			
Sächsische Aufbaubank - Förderbank -, Dresden			
			7.758.256,90

01.01.2023	Tilgungen	31.12.2023	Zinsaufwand	Zinssatz
€	€	€	€	% p.a.
839.554,96	108.083,77	731.471,19	15.013,55	1,90
684.412,05	88.104,77	596.307,28	12.239,23	1,90
128.706,04	16.526,01	112.180,03	2.301,99	1,90
1.652.673,05	212.714,55	1.439.958,50	29.554,77	
1.594.163,99	211.314,63	1.382.849,36	17.670,69	1,18
1.594.163,99	211.314,63	1.382.849,36	17.670,69	
3.246.837,04	424.029,18	2.822.807,86	47.225,46	
19.082,11		19.082,11		
3.265.919,15	424.029,18	2.841.889,97	47.225,46	

3. c) Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

		2023 bzw. 31.12.2023	2022 bzw. 31.12.2022	2021 bzw. 31.12.2021	2020 bzw. 31.12.2020	2019 bzw. 31.12.2019
Allgemeine Daten						
Anzahl der Wohneinheiten (eigener Bestand)	WE	571	571	571	571	627
Wohnfläche	m ²	30.306	30.306	30.306	30.306	32.215
Leerstand	WE	110	93	114	106	128
Leerstandsquote (WE)	%	19,3	16,3	20,0	18,6	20,4
Leerstandsquote (m ² Wohnfläche)	%	17,5	14,8	18,6	18,0	18,8
Fremdverwaltung	WE	194	194	194	193	193
Durchschnittliche Mitarbeiter- zahl (ohne Geschäftsführer)	Anzahl	4	4	4	4	4
Durchschnittliche Mitarbeiter je 100 eigene WE	Anzahl	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Umsatz						
Umsatzerlöse	T€	2.196	2.113	2.015	2.056	2.158
Durchschnittliche Sollmiete für Wohnräume	€/m ² /Monat	4,29	4,27	4,24	4,24	4,21
Durchschnittlicher Erlösschmälerungsgrad	%	14,8	16,7	18,2	17,7	18,0
Aufwandsstruktur						
Durchschnittliche Betriebskosten je m ² Wohnfläche	€/m ² /Monat	2,68	2,49	2,38	2,16	2,15
Durchschnittlicher Instandhaltungsaufwand je m ² Wohnfläche ¹	€/m ² /Monat	0,62	0,81	0,86	1,08	0,53
Durchschnittliche planmäßige Abschreibungen je m ² Wohnfläche	€/m ² /Monat	1,39	1,38	1,39	1,34	1,40
Durchschnittlicher Zinsaufwand je m ² Wohnfläche	€/m ² /Monat	0,13	0,15	0,17	0,19	0,20
Jahresergebnis	T€	93	87	39	138	101

4. Lagebericht

Unternehmen und Rahmenbedingungen

Gesellschafter und Gegenstand des Unternehmens

Die Stadt Kirchberg ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg (nachfolgend auch KWG oder Gesellschaft genannt) und hält somit 100 % des Stammkapitals in Höhe von EUR 402.500. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung besteht vorrangig darin, eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen.

Entwicklung der Branche

Da der Hauptwohnungsbestand der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg aus sozialem Wohnraum besteht, konnten im Vorjahr der Stadt Kirchberg 21 sogenannte Gewährträgerwohnungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge zur Verfügung gestellt werden, was die Vermietungssituation wesentlich verbesserte. Im Berichtsjahr wurden jedoch die hauptsächlich altersbedingten Kündigungen nicht vollständig durch Neuvermietungen ausgeglichen, so dass der Leerstand wieder etwas zugenommen hat.

Der Vermietungsrückgang liegt unter anderem im hohen Altersdurchschnitt der Kirchberger Bevölkerung und den geringen Möglichkeiten, Barrierefreiheit in unseren vorhandenen Wohnungen zu schaffen. Ebenso werden Vermietungen oberhalb der 3. Etage zunehmend auch an Junge Menschen zum Problem. Außerdem befindet sich der größte Anteil unserer Wohnungen im Plattenbaugebiet, welches trotz guter Wohnqualität ein Imageproblem hat. Aktuell kommt noch die Verunsicherung bei der gesamten Heizungsproblematik, einschließlich der Energiepreisentwicklung, dazu.

Entwicklung der Gesellschaft im Jahr 2023

2.1. Wesentliche Ereignisse

Die Vermietungssituation hat sich wieder etwas negativ verändert. Die Leerstandsquote! liegt per 31. Dezember 2023 bei 17,5 % nach 14,8 % per Ende 2022.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 253 getätigt und weitere TEUR 225 für die Modernisierung und Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes eingesetzt. Insgesamt flossen demzufolge TEUR 478 in die Erhaltung unseres Bestandes. Alle Maßnahmen wurden aus Eigenmitteln der Gesellschaft finanziert.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft bewirtschaftete im Jahr 2023 571 Wohnungseinheiten und 15 Gewerbeeinheiten im eigenen Bestand und 194 Wohnungseinheiten und 13 Gewerbeeinheiten im fremden Bestand. Zum 31. Dezember 2023 waren im Unternehmen 110 Wohnungen nicht vermietet, was einer Leerstandsquote von 17,5 % entspricht (Vorjahr 14,8%).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden 26 Wohnungen neu vermietet (Vorjahr 56). Die Differenz zwischen Neuvermietung und Kündigung betrug im Jahr 2023 -17 Wohnungen. Bei den 43 Wohnungskündigungen liegen die Hauptkündigungsgründe mit 42,9 % in der Altersstruktur der Mieter, weitere 26,1 % haben familiäre oder berufliche Gründe.

Nach Abzug der Erlösschmälerung betragen die Erlöse aus Vermietung TEUR 1.355 und sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 37/7 gestiegen, was auf die Vermietung von 21 Gewährträgerwohnungen zurückzuführen ist.

Investitionen/Instandhaltung

Im Jahr 2023 wurden TEUR 225 (Vorjahr TEUR 294) für Instandhaltungsleistungen und TEUR 2653 (Vorjahr TEUR 54) für Investitionen ins Anlagevermögen aufgewendet.

Im Rahmen der Instandhaltungsleistungen wurden TEUR 170 für laufende Instandhaltung In Anspruch genommen, davon flossen TEUR 57 in die Installierung von Rauchwarnmeldern im gesamten Wohnungsbestand. Für Wohnungssanierungen vor Neuvermietung wurden TEUR 56 (Vorjahr TEUR 89) aufgewendet.

Die Investitionskosten in Höhe von TEUR 2653 resultieren aus der grundhaften Sanierung des Erdgeschosses im Gemeindesteig 4, zweier Wohneinheiten in der Dr. Ziesche- Straße 15, welche zusammengelegt wurden, die grundhafte Sanierung je einer Wohneinheit in der Gorkistraße 3 und der Robert- Seidel- Straße 11a sowie aus der Anschaffung neuer Bürotechnik und eines Softwareprogramms.

Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte das Unternehmen aktiv neben der Geschäftsführerin drei Mitarbeiter als Vollzeit- und einen als Teilzeitbeschäftigten. Gegenüber dem Vorjahr ist das unverändert. Die Personalkosten lagen bei TEUR 377 (Vorjahr: TEUR 302) Die Differenz liegt hauptsächlich an der Rückstellungsbildung für Altersteilzeit und an der tariflichen Vergütungssteigerung.

Lage der Gesellschaft

Der Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres 2023 werden angesichts der vorliegenden Rahmenbedingungen (siehe auch Abschnitt 1.2) insgesamt als gut eingeschätzt. Ergänzend wird insoweit auf den Vergleich zur Ertragsplanung In der Anlage zum Lagebericht verwiesen.

Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der Gesellschaft TEUR 11.447 (Vorjahr TEUR 11.431) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 16 erhöht.

Im Anlagevermögen wurden Aktivierungen in Höhe von TEUR 253 und Abschreibungen in Höhe von TEUR 507 (Vorjahr TEUR 501) vorgenommen. Es handelt sich dabei um planmäßige Abschreibungen.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 270 erhöht. Dabei gab es bei den Vorräten eine Erhöhung um TEUR 60 und bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um TEUR 19. Die flüssigen Mittel erhöhten sich um TEUR 191.

Zum 31. Dezember 2023 ist die Gesellschaft mit Eigenkapital in Höhe von TEUR 7.138 ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um TEUR 93. Die Eigenkapitalquote beträgt 62,4 % (Vorjahr 61,6 %). Die Zunahme des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss 2023 in Höhe von TEUR 93.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten wurden um TEUR 424 vermindert und betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 2.842 (Vorjahr 3.266). Die Kredittilgungen resultieren aus planmäßigen Tilgungen. Der Anteil von Fremdkapital am Gesamtkapital betrug per 31. Dezember 2023 37,4 % (Vorjahr 38,1 %).

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben. Ein unbefristetes Gesellschafterdarlehen steht dem Unternehmen in Höhe von TEUR 200 zur Verfügung, welches im Jahr 2023 nicht in Anspruch genommen wurde.

Die Zahlungsmittelabflüsse für Investitionen von TEUR 253 und für den Abbau der Bankverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 424 konnten vollständig aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 868 bedient werden. Der Bestand an flüssigen Mitteln zum Stichtag 31. Dezember 2023 betrug TEUR 392 (Vorjahr TEUR 201).

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 war der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr (TEUR 87) um TEUR 6 positiver und betrug TEUR 93. Das resultiert hauptsächlich aus der 2023 ganzjährigen Vermietung der Gewährträgerwohnungen ab dem 3. Quartal 2022.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund geringerer Zinsaufwendungen infolge planmäßiger Darlehenstilgungen um TEUR 9 verbessert.

Wesentliche Chancen und Risiken

Aus der Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kirchberg und der Altersstruktur der Mieter im Unternehmen lassen sich grundlegende Aussagen zur langfristigen Vermietungssituation im Unternehmen ableiten. Der demografische Wandel ist auf Grund von Überalterung der Bevölkerung langfristig nicht aufzuhalten.

Kurz- bis mittelfristig halten die derzeit eingeschlagene Asylpolitik mit der Verlängerung und Erweiterung des Wohnprojektvertrages mindestens bis Ende 2025, die Flüchtlingskrise durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Vermietung von Gewährträgerwohnungen an die Stadt Kirchberg diese Entwicklung etwas auf.

Um aber einem zukünftigen Wohnungsleerstand entgegenzuwirken, muss der Bestand mittel- und langfristig weiter reduziert und teilweise umgestaltet und damit attraktiver werden. Dies schließt hauptsächlich seniorengerechte Umbauten und Schaffung von größeren Wohnungen bei entsprechendem Bedarf ein. Finanzmittel für derartige Investitionen müssen über Fremdfinanzierung bereitgestellt werden.

Weitere große Herausforderungen bzw. Risiken für den Wohnungsmarkt bestehen in den Auswirkungen der hohen Baupreise. Es gilt, hohe Baupreise und sozialverträgliche Mieten, inklusive steigende Nebenkosten, so in Einklang zu bringen, dass insbesondere auch kleine Wohnungsunternehmen weiter existieren können. Erschwerend hinzu kommt noch ein sich abzeichnender Arbeitskräftemangel im gesamten Handwerkerbereich, welcher sich ebenfalls negativ auf die Wohnungsbranche auswirkt.

Prognose und Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2024 hat das Unternehmen Erlöse aus der Vermietung in Höhe von TEUR 1.305 geplant, was gegenüber der Planung 2023 gleichgeblieben ist. Gegenüber den im Jahr 2023 tatsächlich realisierten Erträgen aus Vermietung ist das eine leerstandsbedingte Verringerung um TEUR 50.

Insgesamt wird für 2024 planmäßig ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 25 erwartet, was gegenüber dem Plan 2023 eine Verschlechterung um TEUR 45 und gegenüber dem tatsächlich erzielten Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2023 eine Verschlechterung um TEUR 68 bedeutet.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der KWG im Geschäftsjahr 2024 ist entsprechend den Prämissen der Planung gesichert. Zum Ausgleich von ungeplanten Liquiditätsschwankungen kann die Gesellschaft auf ein unbefristet verfügbares Gesellschafterdarlehen (TEUR 200) zurückgreifen.

B 3. Beteiligungen an weiteren Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote)

B 3.1 Lagebericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

1. Allgemeines

Die KBE ist mit 56.007.286 Aktien im Aktienbuch der envia Mitteldeutsche Energie AG („enviaM“) eingetragen. Von diesen Aktien werden 2.529.387 enviaM-Aktien treuhänderisch durch der KBE verwaltet. Der eigene Aktienbestand der KBE beträgt 53.477.899 enviaM-Aktien. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Aktienbestand nicht geändert.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 30. Juni 2023 wurden keine Geschäftsanteile gekündigt und der KBE zum Kauf angeboten.

Die KBE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter HRB 20040 eingetragen und hat ein Stammkapital von 54.134.451 EURO. Die eigenen Anteile betragen 829.622 EURO.

Die Anmeldung der KBE im Transparenzregister wurde am 10. November 2021 durchgeführt. Der Wechsel in der Geschäftsführung wurde am 25. Januar 2022 im Transparenzregister geändert.

Im Geschäftsjahr 2022/2023 wurden keine Aktien in die KBE eingelegt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2022/2023

2.1 Konsortialgespräche mit E.ON

Im Wirtschaftsjahr 2022/2023 fanden insgesamt 2 Konsortialgespräche mit E.ON statt. Dabei standen im Wesentlichen folgende Themen im Fokus:

Status Wertschöpfungsprojekte

Im Rahmen des 8. Nachtrags zur Konsortialvereinbarung zwischen KBE, KBM und E.ON wurden die regionalen Wertschöpfungsprojekte PEN@enviaM, TowerCo@E.ON und EngineeringDL@enviaM initiiert. Im Konsortialgespräch vom 7. Dezember 2022 wurde für alle 3 Projekte der IST-Umsatz und die künftige Ausrichtung vom Vorstand vorgestellt.

TowerCo: E.ON hat unter dem Namen „TowerCo“ ein Konzept zur zentralen Vermarktung und Vermietung von Assets der E.ON-Konzerngesellschaften an Mobilfunknetzbetreiber erarbeitet, das durch Einrichtung eines Kompetenzzentrums bei der enviaM umgesetzt werden soll (Standortstärkung). TowerCo ist ein Zukunfts- und Wachstumsgeschäft zum 5G-Ausbau mit entsprechendem Wachstumspotential. Teil des angedachten Konzepts sind die Bündelung des Vertragsmanagements und die Vermarktung geeigneter Standorte einschließlich der mittelfristigen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

PEN@enviaM: Eine der vier Säulen der Digitalisierungsstrategie im E.ON-Netz ist der Aufbau einer „Plattform of Energy Networks (PEN)“. PEN konsolidiert Daten und schafft die Voraussetzung für eine kundenorientierte, effiziente und skalierbare Kommerzialisierung der Daten durch E.ON-Ge-

sellschaften (Schaffung einer Brücke zwischen der transaktionalen Datenbasis und den intelligenten Netz- und Kundenlösungen). Mit dem Projekt PEN wird der Aufbau einer Daten-Plattform im E.ON-Konzern als Basis für eine Daten-Kommerzialisierung aller E.ON-Gesellschaften bei enviaM eingerichtet.

EngineeringDL@enviaM: Im Energiesystem werden zunehmend qualitative Ingenieurdienstleistungen nachgefragt. enviaM plant die Ausgründung eines Ingenieurdienstleisters (konventionelles Geschäft, Ausbau der Energieverteilnetze, Smartifizierung von Nieder- und Mittelspannungsnetzen) und stellt damit externen Kunden und der E.ON-Gruppe einen leistungsstarken Ingenieurpartner zur Seite, um Know-how, Gewinn- und Planungskompetenz zu sichern. Die Realisierung erfolgt bei enviaM SERVICE am Standort Cottbus.

Die vereinbarten Wertschöpfungsprojekte - PEN@enviaM, TowerCo@E.ON und EngineeringDL@enviaM – erhöhen die Werthaltigkeit der Unternehmensgruppe. Die Projekte eröffnen für enviaM die Möglichkeit, zentral Aufgaben auch für andere Gesellschaften des E.ON-Konzerns wahrzunehmen. Die Sichtbarkeit im E.ON-Konzern wird damit erhöht. Die Projekte unterstützen enviaM zudem beim Aufbau von Zukunftsprojekten.

Verwendung kommunaler Investitionstopf für das Jahr 2022

Im Berichtsjahr erfolgte eine Verständigung zwischen KBE/KBM und enviaM über die geplante Verwendung des Budgets sowohl in den Sparten, als auch darüber, dass eine „gerechte“ regionale Verteilung Berücksichtigung erfahren soll. Die Digitalisierung der Ortsnetzstationen ist mit einem Budget von 7,8 Mio. EURO abgeschlossen, die Umsetzung des Projektes Breitbandausbau Erzgebirge mit einem Volumen von 30 Mio. EURO in Umsetzung.

Noch offen sind die Sparten Datacenter (6 Mio. EURO), Mobilität/Infrastruktur (6 Mio. EURO), Erzeugung Solarpark (5 Mio. EURO) und Wasserstoffinitiative (5,2 Mio. EURO). Aufgrund der Verzögerungen bei Materiallieferungen und schleppenden Genehmigungsverfahren ist von einer zeitlichen Streckung des ursprünglich geplanten Verwendungszeitraumes (2021 – 2024) auszugehen.

Strategische Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der enviaM-Gruppe innerhalb des E.ON Konzerns bildet den ständigen Schwerpunkt der Konsortialgespräche. Aufgrund der zunehmenden Unabwägbarkeiten mit der die Politik die Energieversorger konfrontiert, ist es richtig, hier den Kompass und die strategische Ausrichtung nicht zu verlieren. Gleichzeitig ist eine schnelle Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten wichtig. Die KBE achtet dabei gemeinsam mit der KBM auf die Einhaltung der kommunalen Ziele wie:

- enviaM muss ein eigenständiges kommunal mitbestimmtes Unternehmen bleiben.
- Die enviaM-Gruppe sichert Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in der Region.
- enviaM erzeugt eine nachhaltige Wertschöpfung für die Region.
- Dividendenkontinuität ist ein wichtiges Instrument für die Haushalte der Kommunen.
- enviaM steht für gemeinsames und partnerschaftliches Engagement für die Energiewende.
- Eine Vereinbarung sichert die Gewerbesteuer für alle regionalversorgten Städte und Gemeinden.

2.2 Dividendenerwartung enviaM 2023 – Ausschüttung 2024

Die Vertragspartner der Konsortialvereinbarung haben sich in der Vereinbarung vom 25. März 2013 zu den Parametern für die Ausschüttung der Dividende verständigt. Die Hauptversammlung der enviaM hat am 31. Mai 2023 den Beschluss gefasst, 0,65 EURO/ enviaM-Aktie aus dem Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2022 auszuschütten. Für die Mittelfristplanung wurde Dividendenkontinuität mit 0,65 EURO/enviaM-Aktie angenommen.

Trotz der Verwerfungen gerade im Energiebereich durch den Krieg in der Ukraine wurde 2022 durch enviaM ein sehr gutes Betriebsergebnis erwirtschaftet, welches die Ausschüttung rechtfertigt. Ebenfalls zeichnet sich bereits jetzt ein recht positives Ergebnis für 2023 ab, welches auch für das nächste Jahr eine Ausschüttung im gleichen Rahmen als realistisch erscheinen lässt. Der Vorstand wird im Rahmen der Gesellschafterversammlung KBE im November dazu sicher belastbare Aussagen treffen können.

2.3 Zinswende – keine Vorabausschüttung 2023

Mit der Satzungsänderung vom 3. November 2017 und der Einfügung des § 9 Abs. 5 in den Gesellschaftsvertrag der KBE wurde die Möglichkeit geschaffen, dass der Aufsichtsrat über eine Vorabausschüttung entscheiden kann. Aufgrund der drohenden Strafzinsen wurde davon in den letzten Jahren Gebrauch gemacht. Der Kapitalmarkt hat sich in den letzten Monaten radikal gedreht. Aus Strafzinsen sind Guthabenzinsen geworden. Der Aufsichtsrat der KBE hat daher in seiner Sitzung am 3. März 2023 beschlossen, keine Vorabausschüttung vorzunehmen und die der KBE im Juni zugeflossene Dividende in Höhe von 34.760.634,35 EURO bis zur Gesellschafterversammlung verzinst anzulegen.

2.4 Gewerbesteuererlegung für die Veranlagungszeiträume 2020 - 2024

Die Gewerbesteuererlegungsvereinbarung der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM, dem Finanzamt Chemnitz und der enviaM endet mit dem 31. Dezember 2024. Für die Städte und Gemeinden im Konzessionsgebiet der enviaM ist es wichtig, dass die Vereinbarung, wonach die Gewerbesteuer der enviaM nach dem Schlüssel

- 60 % Stromabsatz im Versorgungsgebiet und
- 40 % Löhne

aufzuteilen ist, beibehalten wird, da jede Stadt oder Gemeinde im Versorgungsgebiet an der Gewerbesteuer partizipiert. Derzeit laufen die Gespräche zwischen KBE / KBM und enviaM, um die bestehende Vereinbarung ab 1. Januar 2025 wieder für 5 Jahre zu verlängern.

2.5 Resilienz der KBE

Der Aufsichtsrat der KBE hat in seiner Sitzung am 2. Juni 2023 auf Initiative des Geschäftsführers eine rechtssichere Regelung für die Vertretung des Geschäftsführers im Falle einer ungeplanten längeren Abwesenheit geschaffen und damit die Resilienz der Gesellschaft erhöht. Die Vertretung soll in einem solchen Fall vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Thomas Zenker, der in dieser Zeit sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender ruhen lassen muss, vorgenommen werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Gesellschaft auch im Falle einer solchen Verhinderung des Geschäftsführers kurzfristig handlungsfähig bleibt.

2.6 Änderung der Satzung enviaM

Die Hauptversammlung der enviaM hat am 31. Mai 2023 eine Anpassung der enviaM-Satzung beschlossen. Anlass waren die Schaffung der Möglichkeit von virtuellen Sitzungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrates und der Hauptversammlung sowie – bedingt durch das Erfordernis größerer Flexibilität für den Vorstand bei Investitionsentscheidungen angesichts höherer Investitionssummen – eine zweckmäßige Anpassung von Wertgrenzen in Bezug auf Geschäfte/Maßnahmen des Vorstands, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, bei gleichzeitiger Einführung einer umfassenderen Berichtspflicht des Vorstands. Die beschlossene Satzungsänderung wurde zwischenzeitlich in das Handelsregister eingetragen und ist somit wirksam.

3. Einlage von Treugeberaktien – Ankauf von Geschäftsanteilen

Im Geschäftsjahr 2022/2023 hat kein Treugeber bzw. Direktaktionär der enviaM seine Aktien in die KBE eingelegt. Es wurden auch keine Geschäftsanteile zum Kauf angeboten.

4. Kapitalgeldanlagen der KBE

Die KBE verfügt zum 30. Juni 2023 über Geldanlagen i.H. von 37.700.000 EURO.

Die seit 2018 bestehenden KIK-Anlagen bei der DKB wurden aufgrund der im Marktumfeld nun niedrigen Zinsen komplett aufgelöst. Der zu erwartende Zinsgewinn von ca. 115.000 EURO fließt dem Finanzergebnis der KBE zu und dient damit einer Stabilisierung der eigenen Ausschüttungspolitik.

5. Interne Angelegenheiten der KBE

5.1 Geschäftsstelle der KBE

Die Geschäftsstelle der KBE befindet sich seit Mai 2020 in den Geschäftsräumen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Glacisstraße 3 in 01099 Dresden. Die Büroräume in Chemnitz wurden aufgrund der von enviaM vorgesehenen Umbaumaßnahmen zum 31. Dezember 2021 gekündigt. Auf den statutarischen Sitz der KBE hat dies keinen Einfluss.

5.2 Partnervereinbarung und Zusammenarbeit mit der KBM

Zur Herstellung eines gemeinsamen Verständnisses betreffend der Ausübung der Aktionärsrechte in der enviaM, hatten KBE und KBM bereits im Jahr 2018 eine Partnervereinbarung geschlossen, die Grundlage einer einvernehmlichen, vertrauensvollen und auf Dauer angelegten Zusammenarbeit der Partner sein soll. Im Zuge des 8. Nachtrages zur Konsortialvereinbarung wurde die Partnervereinbarung zwischenzeitlich neugefasst; sie wurde am 6./7. April 2022 unterzeichnet und trat am 15. April 2022 in Kraft.

Die Kooperation hat sich bewährt und trägt dazu bei, dass es ein gemeinsames Auftreten der beiden kommunalen Anteilseigner KBE und KBM nach außen gibt. Die beiden kommunalen Anteilseignergesellschaften KBM und KBE arbeiten partnerschaftlich zusammen. Konsortialgespräche und

Strategiegespräche wurden gemeinsam vorbereitet und geführt. Bei der Gremienbesetzung soll Einvernehmen hergestellt und die Interessen aller abgewogen berücksichtigt werden.

Mit dem Vorstand enviaM bestehen regelmäßig Kontakte und bei wichtigen Angelegenheiten wie auch der Vorbereitung der Aufsichtsratssitzungen enviaM werden Gespräche geführt. Über die Konsortialgespräche hinaus informiert E.ON die kommunalen Anteilseigner der Regionalunternehmen enviaM, Avacon, Hanse AG und E.DIS regelmäßig in Strategiegesprächen zur Strategie von E.ON. Für jede Regionalgesellschaft können zwei Vertreter von den kommunalen Anteilseignern entsandt werden. Die KBE wird vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Thomas Zenker.

5.3 Personal der KBE

Die Geschäftsstelle hat eine schmale Personaldecke mit einem Geschäftsführer und einer Mitarbeiterin. 50 % der Personalkosten werden der Koordinierungsstelle kommunal zugeordnet und dort zu 40 % von der KBM und zu 60 % von der KBE getragen. Die rechtliche und steuerrechtliche Beratung wird extern beauftragt.

Geschäftsführer ist seit dem 1. Januar 2022 Herr Mike Ruckh.

5.4 Internet-/Intranet-Auftritt

Der modernisierte Internet- und Intranet-Auftritt der KBE wird fortlaufend aktualisiert. Für die Gesellschafter und den Aufsichtsrat gibt es einen eigenen Intranet-Bereich. Damit können Gesellschafter zu jeder Zeit Informationen wie Satzung, Beteiligungsbericht, Beteiligungswert zur Doppik, Protokolle der Gesellschafterversammlung u.a. einsehen bzw. abrufen. Der Aufsichtsrat hat einen eigenen Intranet-Zugang.

6. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

6.1 Ausschüttung

Die Gesellschafterversammlung der KBE hat am 4. November 2022 beschlossen, für das Geschäftsjahr 2021/2022 das festgestellte Jahresergebnis zum 30. Juni 2022 und einen Teil der Gewinnrücklage mit insgesamt 35.000.000 EURO an die Gesellschafter auszuschütten.

Aufgrund der Situation am Kapitalmarkt und der fehlenden Möglichkeit, die Dividende ohne Strafzins anzulegen, erfolgte nach Beschluss des Aufsichtsrates vom 5. Mai 2022 eine Vorabausschüttung in Höhe von 34.000.000 EURO im Mai 2022. Am 6. Dezember 2022 erfolgte die Restausschüttung aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 1.000.000 EURO.

Nach dem vorliegenden Wirtschafts-, Ertrags- und Finanzplan 2022/2023 ist für das Wirtschaftsjahr 2022/2023 eine Ausschüttung in Höhe von insgesamt 35.000.000 EURO geplant. Über die endgültige Ausschüttung entscheidet die Gesellschafterversammlung am 3. November 2023.

6.2 Ankauf von Geschäftsanteilen – Kündigung zum 30. Juni 2022

Bis zum 30. Juni 2023 gab es keine Kündigung von Geschäftsanteilen und damit keinen Ankauf durch die KBE.

6.3 Aufsichtsrat der KBE

Der Aufsichtsrat der KBE bestand zum Beginn des Wirtschaftsjahres aus 18 Mitgliedern. Im Wirtschaftsjahr 2022/2023 schieden nachfolgende Mitglieder aus dem Aufsichtsrat aus:

Herr Tobias Goth zum 31.07.2022 Mittelsachsen

Herr Jörg Röglin zum 31.07.2022 Nordsachsen

Herr Herold Quick zum 28.02.2023 Brandenburg

In der Gesellschafterversammlung am 4. November 2022 erfolgte die Nachwahl für die Landkreise Mittelsachsen und Nordsachsen in den Aufsichtsrat der KBE.

Herrn Matthias Berger, Oberbürgermeister Stadt Grimma (Nordsachsen) und

Herrn Ronald Kunze, Bürgermeister Stadt Hartha (Mittelsachsen)

Die Nachwahl für Herrn Herold Quick (Brandenburg) erfolgt in der Gesellschafterversammlung am 3. November 2023.

6.4 Mitwirkung in den Aufsichtsräten der enviaM – MITGAS – MITNETZ STROM

Die KBE ist im Aufsichtsrat der enviaM mit vier Mitgliedern und in den Aufsichtsräten der MITGAS und der MITNETZ STROM mit je einem Mitglied vertreten.

Dem Aufsichtsrat der enviaM gehören von Seiten der KBE an:

Herr Thomas Zenker (Aufsichtsratsvorsitzender KBE), Herr Karsten Schütze (erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der KBE), Frau Astrid Münster (Mitglied des Aufsichtsrates KBE) und Herr Mike Ruckh (Geschäftsführer KBE). Herr Thomas Zenker ist zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden enviaM und Mitglied des Personalausschusses.

Im Aufsichtsrat der MITGAS und im Aufsichtsrat der MITNETZ STROM vertritt der Geschäftsführer der KBE, Herr Mike Ruckh, die kommunalen Anteilseigner. Durch die Mitwirkung in den Aufsichtsräten besteht ein unmittelbarer Einfluss auf enviaM und deren größte Tochtergesellschaften.

6.5 Vermögens- und Finanzlage/Einnahmeerwartung

Grundlage für die Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage der KBE ist die Beteiligung an der enviaM, d.h. Chancen und Risiken der enviaM und auch Chancen und Risiken der KBE. Der Wert der Beteiligung an der enviaM ist, wie im Gutachten AC Christes & Partner GmbH bestätigt, positiv einzustufen. Nach der vorliegenden Mittelfristplanung ist die Ertragskraft der enviaM stabil, wenngleich für die Sicherung der künftigen Ertragskraft neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Der Aufbau neuer Geschäftsfelder sowie die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen tragen zur Stabilität und Ertragskraft maßgeblich bei und erhöhen allerdings den Investitionsbedarf enorm. Für den Mittelfristzeitraum wird Dividendenkontinuität prognostiziert.

Risiken für die zukünftigen Dividendeneinnahmen bilden nach wie vor eine Reihe noch ausstehender gesetzlicher Regelungen und Verordnungen, die dazu führen könnten, dass die Ertragskraft sinkt, da weiterhin verstärkt Investitionen sowohl in die Versorgungsnetze durch den massiven

Ausbau der erneuerbaren Energien als auch in die E-Mobilität/Ladeinfrastruktur notwendig sein werden. Hier besteht seitens der Politik Handlungsbedarf. Die Energiebranche braucht insoweit Planungssicherheit und auskömmliche Renditen, um zukunftsorientiert ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ebenso müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt und auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

Der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die Erhöhung des Digitalisierungsgrades sind unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität und Werthaltigkeit des Unternehmens enviaM. Künstliche Intelligenz wird bei der Zunahme von PV-Anlagen und Windparks eine große Rolle spielen. Das kostet Geld und Zeit. Die Politik muss veranlasst werden, Rahmenbedingungen zu schaffen, die flexibles Handeln ermöglichen.

Der Neuabschluss von Konzessionsverträgen trägt wesentlich zur Stabilität und Werthaltigkeit des Unternehmens bei. Die kommunalen Anteilseigner KBE und KBM unterstützen enviaM beim Neuabschluss dieser Verträge und erwarten dafür von enviaM als ihrem Regionalunternehmen, dass die Netze zukunftsfähig ausgebaut werden, um der Aufgabe Daseinsvorsorge Strom gerecht zu werden.

Erfreulicher Weise ist die Bundesnetzagentur bereit, den Eigenkapitalzins zumindest für Neuanlagen auf 7,09 Prozent zu erhöhen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung – wird aber nicht reichen. Zumal für Altanlagen der Zins bei 3,51 Prozent bleiben soll.

Die KBE hat keine Darlehensverpflichtungen. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft verfügt über Rücklagen, die in den nächsten Jahren die Kontinuität der Ausschüttung gewährleisten. Für Ankäufe von Geschäftsanteilen wurde mittelfristig ein Betrag von jährlich 200.000 EURO eingeplant. Weitere Ankäufe wären aus der Rücklage möglich. Die laufenden Kosten entsprechen mit Anpassungen dem bisherigen Niveau bzw. werden in der Mittelfristplanung transparent dargestellt.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung für das kommende Geschäftsjahr

7.1 Erhöhter Investitions-, Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwand für den Ausbau des Versorgungsnetzes und den Bereich Digitalisierung

Der Trend zum Ausbau erneuerbarer Energien hat sich deutlich verstärkt. Dabei wirken die Auswirkungen des Ukraine Krieges und die Angst einer drohenden Gasmangellage wie ein Booster. Immer mehr dezentrale Anlagen speisen in das Netz der MITNETZ STROM ein. Neben den Großanlagen gewinnen die Kleinanlagen im Bereich Photovoltaik, insbesondere auch im Bereich der Privathaushalte und der öffentlichen Hand, zunehmend an Bedeutung. Das Versorgungsnetz wird sukzessive zum Entsorgungsnetz für eigenerzeugte Energie, die in die Ballungszentren abtransportiert werden muss. Die Stabilität des Netzes ist vielen Einflüssen ausgesetzt.

Dazu kommt die Notwendigkeit einer vorzeitigen Wärmewende. War ursprünglich Gas als sogenannte Brückenenergie nach dem Kohleausstieg favorisiertes Medium, geht die Tendenz jetzt stark Richtung Wärmepumpe / Geothermie und möglicherweise Wasserstoff. Auf jeden Fall wird die Leistungsabnahme im Stromnetz deutlich steigen bei gleichzeitiger Zunahme der Volatilität im Netz.

Netzausbau auf der 110-KV-Ebene, der Mittel- und Niederspannung sind die Konsequenz. Umspannwerke müssen dem erhöhten Bedarf angepasst werden. Digitalisierung und Elektromobilität sind dabei Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Smart Meter und Breitbandausbau für das Gigawelt-Zeitalter fordern darüber hinaus einen erhöhten Investitionsbedarf.

Durch die aktive Vermarktung energienaher Dienstleistungen, namentlich im Bereich der dezentralen Energieversorgung, werden neue Geschäftsfelder erschlossen, die ebenfalls Investitionen erfordern werden. enviaM wird mehr und mehr zum Energiewende-Dienstleister.

Die Akzeptanz der Bevölkerung für den Ausbau der erneuerbaren Energien steigt (wenn auch aus der Not heraus). Die Strom- und Gaspreise für den Endverbraucher, die Geschäfts- und Gewerbetunden und der Industrie, getrieben durch den Krieg aber auch durch, im Energievergleich, relativ hohe Steuern und Abgaben sind auch im europäischen Vergleich hoch.

7.2 Strukturwandel

enviaM geht diesen Strukturwandel aktiv an. Die Gestaltung von Prozessen und damit der Aufbau von digitalisierten Betriebsabläufen werden in den Vordergrund gestellt. Nur so kann in vielen Bereichen die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für den vertrieblichen Bereich. Umstrukturierungsprogramme hin zu digitalen Plattformen und neuen Denkansätzen zur Vermarktungsstrategie zielen auf die Marktfähigkeit ab. Alle Bereiche sind vom Wandel betroffen. Das Kommunalportal ist der Anfang für eine digitale Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden und der enviaM-Gruppe. Das Portal wird immer weiter ausgebaut und immer mehr von den Städten und Gemeinden genutzt. Die KBE unterstützt diesen Prozess.

Die Konsortialvereinbarung sichert die Eigenständigkeit und die Personalhoheit von enviaM. Die Wertschöpfung in den Regionen und die damit verbundenen Arbeitsplätze werden ein wichtiges Kriterium bleiben. Die kommunalen Anteilseigner KBE und KBM müssen darauf achten, dass die Vereinbarungen der Konsortialvereinbarung eingehalten werden. Das partnerschaftliche Miteinander ist die Voraussetzung. Die Gespräche auf Augenhöhe sind das Fundament. Die Konsortialvereinbarung muss gelebt aber auch immer wieder konstruktiv kritisch begleitet werden. Dazu werden regelmäßige Gespräch mit E.ON geführt.

8. Chancen und Risiken – zukünftige Entwicklung

Die positive Entwicklung der KBE setzt eine positive Entwicklung der enviaM-Gruppe voraus. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Mitwirkungsrechte der kommunalen Anteilseigner durch den 8. Nachtrag gestärkt worden sind und gelebt werden. Die kommunalen Anteilseigner werden sich, wie in der Vergangenheit praktiziert, einbringen und so zur zukunftsorientierten Entwicklung der enviaM-Gruppe beitragen. Die Konzessionen und damit auch die anstehenden Neuabschlüsse, die Erweiterung des Portfolios zu einem Energiedienstleister mit vielen Produkten, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Öffnung zu Kooperationen z.B. im Bereich Wasserstoff, Ladeinfrastruktur oder Breitbandausbau, das weitere Fortschreiten der Digitalisierung sind Erfolgsfaktoren, die von den kommunalen Anteilseignern gefordert und unterstützt werden.

Die Dividende ist die Grundlage für das Wirken der KBE für die kommunalen Anteilseigner als Aktionäre. Die zukunftsfähige Ausrichtung der enviaM-Gruppe ist der Garant, dass die übertragene Aufgabe Strom als Daseinsvorsorge zum Wohle der regionalversorgten Städte und Gemeinden mit hoher Versorgungssicherheit erfüllt werden kann. Aus dem Eigeninteresse heraus muss gemeinsam dafür Sorge getragen werden, dass die Dividendenkontinuität sowie die Werthaltigkeit der Beteiligung feste Bestandteile in der Zukunft bleiben. Die Mitwirkung in den Aufsichtsräten, bei Strategiegesprächen und in den sonstigen Gremien ist jetzt wichtiger denn je, um die Zukunft der enviaM-Gruppe und damit auch die eigene Zukunft mitgestalten zu können.

Für die KBE und KBM ist es wichtig, dass das Regionalwerk enviaM, das von 650 regionalversorgten Städten und Gemeinden getragen wird, in seiner Größe, in seinem Gewicht und seiner Selbstständigkeit erhalten bleibt. Strom und Gas ist Daseinsvorsorge, ist Versorgungssicherheit. Die Konzessionen bilden die Basis. Gemeinsam stehen wir alle in der Verantwortung. Um die Chancen zu mehren und die Risiken zu mindern, unterstützen die kommunalen Anteilseigner den Vorstand in seiner Arbeit. Die KBE ist eine Solidargemeinschaft von Städten und Gemeinden, die in vielfältiger Weise die regionalversorgten Städte und Gemeinden in ihren Belangen unterstützt. Die KBE ist gleichermaßen Dienstleister und Interessenvertreter ihrer Gesellschafterkommunen und der Treugeber.

Teil C – Zweckverbände

C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2023

Name des Zweckverbandes	Stammeinlage / Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)			Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt 2023 in TEUR	Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt 2023 in TEUR	Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt 2023 in TEUR	Sonstige gewährte Vergünstigungen 2023 in TEUR
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %				
Ver- und Entsorgung							
Regionaler Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau	137.314 (EK)	4.580,3	3,34	136,8 <i>(Betriebskostenumlage Straßentwässerung)</i>		278,3 <i>(Kredit-Bürgschaft)</i>	12,2 <i>(Bürgschaftsentsgelt)</i>
Zweckverband Gasversorgung in Südsachsen	314.613 (EK)	4.543,9	1,44		189,9		1,5 <i>(Kommunalrabatt)</i>
sonstiges							
KISA Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	5.104 (EK)	20,0	0,38				

C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände

C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Lagebericht

Nach den herausfordernden Jahren 2020 bis 2022 blieb die wirtschaftliche und politische Lage bei einem Rückgang der Inflation auch im Jahr 2023 angespannt. Im Jahr 2023 war für das umfangreiche Investitions- und Aufwandsprogramm im Verbandsgebiet dennoch keine Kostenentlastung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Das wesentliche Ziel des Zweckverbandes besteht in der konstanten und qualitätsgerechten Versorgung der Bewohner im Verbandsgebiet mit Trinkwasser und der fachgerechten Entsorgung anfallender Abwässer. Dabei wurde wie in den Vorjahren die konsequente Überwachung der Kleinkläranlagen und wo notwendig die Durchsetzung der Anpassung an den Stand der Technik ebenso stringent verfolgt wie die Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs von betroffenen Grundstücken an die öffentlichen bzw. teilöffentliche Abwasserentsorgung.

Im Jahr 2023 wurden die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes abgeschlossen. Dies bildet eine solide und aktuelle Basis für die Arbeit des Zweckverbandes und der unteren Wasserbehörde des Landkreises Zwickau und des Vogtlandkreises.

Die Verbandsversammlung beschließt jeweils zum Ablauf der Kalkulationsperiode der Wasserwerke Zwickau GmbH oder anlassbezogen zum Abbruch der laufenden Kalkulationsperiode über die Grundsätze der folgenden Kalkulationsperiode. Als Grundlage hierfür dient unter anderem die Auswertung der Nachkalkulationen der abgeschlossenen Kalkulationsperioden.

Im Jahr 2023 erfolgte die Neukalkulation aller Sparten für das Jahr 2024. Im Ergebnis wurden neben dem Wegfall des Wahltarifes Mengen- und Grundpreisänderungen im Bereich Trinkwasser beschlossen.

In Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung konnte 2023 ein wesentlicher Grundstein für die Einführung eines integrierten Dokumentenmanagementsystems gelegt werden. Basis hierfür bildet eine umfangreiche Prozessanalyse. Ziel ist es, im Rahmen einer fortwährenden Optimierung und Digitalisierung der Arbeitsabläufe Prozesse zu verschlanken und Schnittstellen zu Behörden und Beteiligungen zu verbessern.

Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen im RZV

Bei allen Unternehmen wurde das Geschäftsjahr 2023 in vielen Belangen durch die Corona-Pandemie sowie den Ausbruch des Ukraine-Krieges und dem damit verbundenen enormen Preisanstieg bei den Energie- und Beschaffungskosten sowie der gestiegenen Inflation bestimmt und beeinflusst. Die Unternehmen gehören der kritischen Infrastruktur an und stehen somit vor erhöhten Anforderungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Dies gilt insbesondere beim Schutz vor möglichen Cyber-Angriffen

Als Vorortver- und -entsorger spielte die Wasserwerke Zwickau GmbH auch im Jahr 2023 wieder die wesentlichste Rolle im Verbund. Der Anspruch der Gesellschaft ist es, die Trinkwasserversorgung in hoher Qualität und die umweltgerechte Abwasserentsorgung für rund 200.000 Menschen in der Region zu sichern.

Im Berichtsjahr wurden in den Geschäftsbereichen Trink- und Abwasser Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 56.156 (VJ TEUR 54.185) erzielt, damit haben sich die Umsatzerlöse aus den Hauptleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % erhöht.

Aus Sicht des RZV Zwickau/Werdau besteht das Problem der Rohrbrüche mit einhergehenden Wasserverlusten weiterhin. Die Wasserverluste liegen derzeit etwas vermindert bei $0,08 \text{ m}^3/\text{h} \cdot \text{km}$ und sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 1 Tm^3 gestiegen. Es ereigneten sich insgesamt 324 Rohrbrüche mit Wasserverlust. Dies bedeutet einen Anstieg um 2 Stück gegenüber dem Vorjahr. Die Schadensrate liegt bei $0,16$ Schäden/km.

Im Jahr 2023 wurden entsprechend des Investitionsplanes viele Maßnahmen im Trinkwasser- sowie Abwasserbereich realisiert. Im Bereich Trinkwasser wurden ca. 11 km Rohrleitungen einschließlich Hausanschlüsse erneuert bzw. neu verlegt. Im Bereich Abwasser wurden 5,5 km Kanäle einschließlich Hausanschlüsse erneuert bzw. neu verlegt. Zusätzlich wurden hohe Investitionen in den Anlagen (Kläranlagen und Abwasserpumpwerke) getätigt.

Der Zweckverband Fernwasser Südsachsen (Verband FWS) versorgte seine Mitglieder auch im Jahr 2023 bedarfsgerecht mit Trink- und Rohwasser. Das Jahr 2023 war in Deutschland nach den Daten des Deutschen Wetterdienstes das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Allerdings dominierten im Gegensatz zu den vergangenen warmen Jahren, die oft von Trockenheit und Hitzewellen geprägt waren, eher feuchtwarme Bedingungen mit hohen Niederschlagsmengen.

Dementsprechend konnten die Verbandsmitglieder auf eigene örtliche Dargebote zurückgreifen, was sich in der Auslastung der Bezugsrechte niedergeschlug. Die durchschnittliche Auslastung der Bezugsrechte für Trinkwasser betrug 92,9 %. Sie lag bei den einzelnen Verbandsmitgliedern zwischen 89,6 % und 98,4 %.

Ein Risiko sieht der Zweckverband Fernwasser Südsachsen in der aktuellen allgemeinen Preisentwicklung und Verfügbarkeit von Materialien. Insbesondere bei den Baumaßnahmen wirken sich die Preissteigerungen aus. Ein höherer Finanzbedarf gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung wirkt sich über höhere Abschreibungsbeträge auf die künftige Entwicklung der Umlagen aus.

Die Südsachsen Wasser GmbH als technischer und kaufmännischer Betriebsführer des personallosen Zweckverbandes Fernwasser Südsachsen gewährleistete auch 2023 den sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Betrieb aller Anlagen.

Zwischen 2020 und 2023 war die Corona-Pandemie weltweit und damit auch für die Südsachsen Wasser GmbH als Unternehmen der kritischen Infrastruktur ein dominierendes Thema. Infolge des allgemein rückläufigen Infektionsgeschehens im Frühjahr 2023 konnte eine Vielzahl von Maßnahmen, die im Hygienekonzept Corona-Pandemie der Südsachsen Wasser GmbH definiert sind, aufgehoben werden. Zum weiteren vorbeugenden Schutz gegen Erkrankungen gilt seither das Hygienekonzept Infektionsschutz für alle.

Zur Bewältigung von bestehenden und zukünftigen Risiken hat die Südsachsen Wasser GmbH ein Risikomanagementsystem implementiert. Dieses Risikomanagementsystem wurde im Berichtsjahr halbjährlich bezüglich der strategischen und wirtschaftlichen Risikostruktur und Risikosteuerung überprüft, bewertet und aktualisiert.

Ebenso werden die nicht auszuschließenden Energie- und Materialbeschaffungsrisiken und -preisentwicklungen permanent eingeschätzt. Eine vorsorgliche Erhöhung der Mindestlagerbestände dient der Absicherung der beauftragten wasserwirtschaftlichen Dienstleistungen.

Der zunehmenden Gefährdung durch Cyberangriffe, auch aufgrund des Krieges in der Ukraine, wird begegnet, indem das Informationssicherheitsmanagementsystem nach DIN EN ISO 27001 für alle Anlagen und Prozesse der Südsachsen Wasser GmbH konsequent umgesetzt wird. Neben den technischen Voraussetzungen zur Abwehr von Cyberattacken ist das richtige Verhalten der Mitarbeiter der Südsachsen Wasser GmbH von wachsender Bedeutung. Aus diesem Grund wurde 2023 ein professionelles Dienstleistungsprogramm zur Schulung der Mitarbeiter hinsichtlich IT-Sicherheit beauftragt.

Von Seiten der Gesellschaft werden keine allgemeinen Risiken der künftigen Entwicklung sowie wesentliche spezielle Geschäftsrisiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, gesehen.

Statt der geplanten 42 Auszubildenden in Komplettausbildung starteten 48 die Erstausbildung im Ausbildungsverbund. Im Modulbereich wurde mit vier von sechs planmäßigen Auszubildenden begonnen. Über das Ausbildungsjahr hinweg konnten weitere zwei Auszubildende in Modulen ausgebildet werden. Im Ausbildungsjahr 2022/2023 absolvierten insgesamt 166 Auszubildende (147 Komplettausbildungen sowie 19 Auszubildende in Modulen) ihre Berufsausbildung. 44 Auszubildende beendeten nach erfolgreich bestandenen Prüfungen ihre Ausbildung als Anlagenmechaniker, Elektroniker für Betriebstechnik, Fachkraft für Abwassertechnik, Fachkraft für Wasserversorgungstechnik sowie Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft.

Mit der Einführung der novellierten Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 03. Oktober 2017 wurden die Grenzwerte für den zu entsorgenden Klärschlamm der Abwasserentsorger verschärft bzw. neu eingeführt. Dies führte dazu, dass viele Klärschlammherzeuger ihre bisher zum Teil landwirtschaftlich verwertbaren Klärschlämme einer Mitverbrennung zuführen müssen.

Vier Aufgabenträger der Region gründeten am 28. Februar 2020 die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH mit Sitz in Zwickau. Deren Hauptaufgabe ist die Vorbereitung, der Bau und die Betriebsführung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmeabgewinnung.

Die Gesellschaft ist derzeit in der Projekterarbeitung tätig.

C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. In etwa die Hälfte der sächsischen Kommunen sind Verbandsmitglieder. Darüber hinaus hat KISA in jüngerer Vergangenheit Mitglieder aus dem Bundesland Thüringen dazu gewonnen. 19 weitere potentielle Verbandsmitglieder stehen für die Aufnahme durch die Verbandsversammlung im September 2024 bereit. Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich zum 31.12.2023 auf 276 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

Zum 31.12.2023 waren 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt mit Auszubildenden 161, ohne Auszubildende 157). Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10.12.2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten. Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2023 wurden am 21.09.2022 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 02.11.2022 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2023 wurde am 01.12.2022 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 48/2022 veröffentlicht.

Der Zweckverband KISA ist in Sachsen und darüber hinaus ein bekannter kommunaler IT-Dienstleister und stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben.

Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u.a. im Einwohner-, Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement. Die Möglichkeiten im Finanzwesen hat KISA im Jahr 2020 erweitert und bietet seitdem aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der kommunalen Kunden zwei unterschiedliche Produkte (IFR-Sachsen und Infoma) an. Im Infoma sind mittlerweile auch die Module Bauhof und Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung nutzbar. Außerdem bietet KISA bei der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS als zusätzliche Variante eine rechenzentrumsbasierte Lösung an.

Neben einer zentralen Datenhaltung, -administration und -sicherung steht für KISA die Verfahrensbetreuung im Fokus. Dazu gehört unter anderem ein Hotline-Service, aber auch die Weiterentwicklung der Software. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA die Mitglieder und Kunden in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die Kunden von KISA können die Vorteile eines Rechenzentrums nutzen, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedient sich KISA der Rechenzentren der Lecos GmbH, der GISA GmbH, der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), der Regio IT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH sowie des SIDI Rechenzentrums der T-Systems International GmbH.

Neben zahlreichen weiteren Softwarelösungen für den kommunalen Bedarf bietet das Portfolio von KISA auch Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen, zur Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, zur Informationssicherheit, zur Datensicherheit sowie für IT-Infrastruktur an.

Mit den in jüngerer Vergangenheit in den Fachbereichen Antragsmanagement und Schulen in das Portfolio aufgenommenen Leistungen unterstützt KISA die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse in den Kommunen und in den sächsischen Schulen. Die Anzahl der entwickelten Online-Antragsassistenten wird stetig erhöht.

Im Jahr 2023 konnte mit dem KISA.ServiceCenter ein Produkt in das Portfolio aufgenommen werden, welches ein Angebot für ein vorkonfiguriertes Ticketsystem für Schulträger und Verwaltungen darstellt und das Ergebnis des gemeinsamen Förderprojektes zum Servicemanagement Schulen ist.

2. Forschung und Entwicklung

Seit 2007 verbindet KISA und SASKIA eine Entwicklungspartnerschaft. Gemeinsam wurde die Softwareanwendung IFRSachen.Ki-Sa den Kundenbedürfnissen entsprechend weiterentwickelt. Zuletzt lag der Fokus auf einem Technologieumstieg auf eine webbasierte Version (H2R), der Rollout ist für 2024 geplant. Mit dem Erreichen der Webfähigkeit werden KISA und SASKIA das gemeinsame Entwicklungsprojekt zum Ende des Wirtschaftsjahrs 2024 beenden.

Die Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG) wurde fortgesetzt und weitere Online-Antragsassistenten (OAA) entwickelt und auf die sächsischen Bedürfnisse angepasst. Dabei ist eine medienbruchfreie interne Verarbeitung der Vorgänge durch eine integrierte Anbindung von Fachverfahren und Dokumentenmanagementsystemen vorgesehen. Im Vordergrund steht aufgrund der Vorgaben der SAKD und der Komm24 GmbH derzeit das möglichst flächendeckende Rollout von Antragsassistenten, weniger die Integration in alle notwendigen Fachverfahren.

Bisher wurden insgesamt 108 OZG-Leistungen entwickelt und von der SAKD abgenommen. Daraus sind bei KISA 103 verschiedene Online-Antragsassistenten entstanden. Im Jahr 2023 erfolgten insgesamt 870 Einrichtungen für 135 Kommunen. Zusätzlich stehen im VOIS.online ca. 15 weitere Online-Services zur Verfügung und sind in das Serviceportal AMT24 über das Servicekonto Sachsen an den zentralen eID-Dienst Sachsen sowie das ePayment der Zahlungsverkehrsplattform ePayBL angebunden.

Fortgesetzt berät und betreut KISA Kommunen bei der Digitalisierung vor Ort. Das Team Digitale Kommune analysiert, ordnet und bewertet die Digitalisierungsvorhaben der Kommune in einer ganzheitlichen, langfristigen Beratung zunächst inhaltlich, qualitativ und zeitlich. Ableitend erarbeitet KISA ein technologisches Lösungsangebot und setzt es zusammen mit der Kommune um. Top-Themen sind der Ausbau der IT-Infrastruktur, die Umsetzung von OZG-Leistungen, Einführung von Dokumentenmanagementsystemen und die Umsetzung von gesetzlichen Änderungen.

Die Entwicklung einer prozessorientierten Architektur wurde abgeschlossen. Es wurden dort der Rollout für die Onlineanträge etabliert und 2 weitere Integrationsprozesse eingerichtet, die bereits in den kundenbezogenen Einsatz übergegangen sind bzw. in Kürze übergehen werden. Das sind die Lösungsfamilien Wohngeld und Hundesteuer.

Das Ziel, als zentrale Plattform für Begegnung und Austausch, für Veranstaltungen und Schulungen, Co-Working oder auch Förder- und Gründungsberatung einen bzw. weitere InnovationsHubs einzurichten, wurde aufgrund eingeschränkter Verfügbarkeit von Ressourcen bei allen Beteiligten verworfen. Die aus der Idee entstandenen fachspezifische Projekte werden jedoch weiterverfolgt und durch reguläre Beratungstätigkeit unterstützt. So wird aktuell gemeinsam mit der Lecos GmbH ein Folgeprojekt zum Digitalen-Bürger-Rathaus vorbereitet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Wie schon in 2022 war die Inflationsrate auch in 2023 hoch. Darüber hinaus bewirkte der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst eine deutliche Steigerung der Personalkosten. Daher musste KISA zum Jahreswechsel zu 2024 umfangreiche Preissteigerungen für die Verfahrensnutzung an die Kunden weiterreichen. Das hat ggf. Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit am Markt.

Datenschutz und Informationssicherheit haben durch die beständige Konkretisierung der rechtlichen Anforderungen aber auch durch ein steigendes Gefährdungsniveau, wie auch durch den Anspruch an mobiles digitales Arbeiten, weiterhin eine enorme Bedeutung. KISA ist hier ein seriöser Partner für die Kommunalverwaltungen.

Am Markt ist eine deutliche Verschärfung erkennbar bezüglich der Akquise verfügbarer Fachkräfte. Dieses Problem wie auch das Ziel einer weiteren Verbesserung der Servicequalität, hat KISA im Verlaufe des Jahres 2023 vertieft beleuchtet und seine Organisationsstruktur zum Jahreswechsel nach 2024 umfassend erneuert.

2. Geschäftsverlauf

KISA ist seit Jahren eine feste Größe auf dem Markt für öffentlich-rechtliche bzw. kommunale IT-Produkte und Partner der Kommunen in Sachsen bzw. im Mitteldeutschen Raum. Sie versteht sich bei politischen Großprojekten auch als Vermittler zu den kommunalen Nutzern. Sie sichert einen zuverlässigen Betrieb der Hard- und Software ab, darüber hinaus vielseitige Unterstützung mit regionalen Ansprechpartnern. In jüngerer Vergangenheit haben sich für diesen Markt viele neue Technologien eröffnet und es besteht ein großes Interesse, die neuen Möglichkeiten zu erproben.

Gleichzeitig sind auf Ebene der Länder Konsolidierungsbestrebungen in der kommunalen IT zu erkennen. Diese Entwicklungen haben KISA bewogen, mit der Beauftragung einer ausführlichen Um-

feldanalyse eine langfristige Bestands- bzw. Entwicklungsstrategie zu eruieren. Im Ergebnis kann eine Technologiepartnerschaft mit der Lecos GmbH und eine Zusammenführung der Leistungsportfolios mit einem klaren Fokus auf den Freistaat Sachsen bzw. den mitteldeutschen Raum zur Umsetzung kommen. Neben der Ausweitung bzw. Erhöhung der Dienstleistungsqualität bietet sich so die Möglichkeit zur gemeinsamen Technologieentwicklung, z. B. bei Cloud Services, Smart City, Prozessautomatisierung und Datenmanagement/Künstliche Intelligenz.

Im Jahr 2023 konzentrierte sich KISA fortgesetzt auf eine zuverlässige Leistungserbringung gegenüber den Kunden, investierte aber auch ein deutliches Maß an Kraft und Ressourcen in administrative Aufgaben. Die Umstellung auf die vollständige Umsatzsteuerpflicht gelang zu Beginn des Jahres nahezu reibungslos. Die seit 2021 andauernde Betriebsprüfung durch das Finanzamt konnte im Frühjahr 2023 abgeschlossen werden. Die überörtliche Prüfung durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt konnte fristgerecht im Juni beginnen, ist aktuell jedoch noch nicht abgeschlossen. Es erfolgte die aufgrund der Verbandssatzung erforderliche Prüfung zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Zweckverbandes zur Rückerstattung der in den Jahren 2015 bis 2017 erhobenen Umlagen und im August wurden vom Verwaltungsrat die entsprechenden Beschlüsse gefasst sowie anschließend flächendeckend die entsprechenden Bescheide versandt.

Nicht zuletzt erfolgten umfangreiche Rollenbeschreibungen und die Überprüfung der Eingruppierung der KISA-Mitarbeiter. Für das Verfahren IFR.Sachsen.Ki-Sa erfolgten im Jahr 2023 weitreichende Vertragsverhandlungen sowie letztlich der Vertragsabschluss für die weitere Verfahrensbereitstellung bis 2028 inkl. der Verlängerungsoption bis 2032. Damit wurde Planungssicherheit für die ca. 180 Endkunden erreicht und eine Reduzierung der laufenden Softwarepflege. Darüber hinaus wurde die Bereitstellung von IFRweb/H2R für den Einsatz im Rechenzentrum vereinbart. Die Umstellung der KISA-Kunden auf IFRweb/H2R soll bis Ende 2024 erfolgen.

Nach der Beschaffung der Softwarelösung VOIS.online im Jahr 2022 wurde die Strategie zur Produktlinie VOIS in 2023 geschärft. Einerseits wurde die Version 2.0 von VOIS.online mit einem großen Umfang an Online-Anträgen getestet und pilotiert, andererseits wurden weitere Kunden für VOIS | MESO ins Rechenzentrum bzw. in die Betreuung von KISA übernommen. Darüber hinaus erfolgte die Beschaffung sowie die Einrichtung der technischen Voraussetzungen für VOIS | GESO. Mit VOIS | OWI soll in 2024/2025 ein weiterer Baustein hinzukommen.

Zur Verbesserung der Servicequalität hat KISA in 2023 das Ticketsystem OMNITRACKER um ein Self-Service-Portal ergänzt und zusätzlich ein Contact Center eingeführt. Über das Self-Service-Portal haben die KISA-Kunden unabhängig von den Servicezeiten Zugriff auf ihre Tickets wie auf eine Benutzer-Selbstverwaltung. Mit dem Contact Center wurde eine zentrale Servicrufnummer und eine Spracherkennung etabliert. Beide Maßnahmen wurden zum Jahresende 2023 produktiv gesetzt und sollen zu einer verbesserten Erreichbarkeit und beschleunigten Reaktions- und Lösungszeiten führen. Erstmals ist damit die Service-Leistung von KISA für die Kunden des Zweckverbands messbar und steuerbar. Außerdem ist im 2. Quartal 2024 eine Anwenderzufriedenheitsbefragung geplant, um weiteres Verbesserungspotential zu erkennen.

Der Fachbereich IT-Services hat im Jahr 2023 den im Vorjahr im Landkreis Leipzig begonnenen Austausch von stationären auf mobile Arbeitsplätze fortgesetzt.

In dem im Vorjahr neu aufgebauten Bereich Digitalisierung erfolgte die geplante Konsolidierungsarbeit. Neben der Konkretisierung zur Produktbeschreibung für die Dienstleistungen der Digitalen Kommune erfolgte insbesondere eine genaue Beschreibung der für die Komm24 zu erbringenden

Leistungen zum Antragsmanagement. Mit dem Betriebs- und Leistungskonzept wurde eine klare Abgrenzung unter den verschiedenen Leistungserbringern erreicht und die Voraussetzung erfüllt für eine weitere Übernahme von Kosten durch den FAG-Beirat.

Für die gesicherte Betreuung der Kunden im Dokumentenmanagement VIS sowie der entsprechenden Projekte mit Neukunden erfolgte eine tiefgehende Ressourcenplanung sowie umfangreiche Neubesetzungen. Im Jahr 2023 wurde auch die grundlegende Neugestaltung der Geschäftsstelle Leipzig erfolgreich beendet.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

a) Ertragslage

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Umsatz deutlich gefallen, er liegt rund 5 Mio. € unter dem Vorjahresniveau und rund 3,9 Mio. € unter dem Planansatz. Der größte Anteil daran entfällt mit 4 Mio. € unter dem Vorjahresniveau auf die Technikverkäufe (3,8 Mio. € unter dem Planansatz). Besonderer Umsatzrückgang erfolgte darüber hinaus aufgrund der unregelmäßig stattfindenden Wahlen (552 T€).

Die Umsätze bei der Betreuung und weiteren Einführungen des Dokumentenmanagementsystems konnten nach dem Zuwachs 2022 erneut etwas erhöht werden (66 T€). darüber hinaus waren in 2023 insbesondere das Antragsmanagement und das Digitale Wohngeld Umsatztreiber.

Beim Einwohnermelde- und Personenstandswesen erfolgte ein deutlicher Umsatzrückgang (326 T€ / 110 T€). Dieser ist beim Einwohnermeldewesen darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2022 im Rahmen des Umstellungsprojektes von MESO.classic auf VOIS | MESO umfangreiche einmalige und Schulungsleistungen erbracht wurden.

Der Umsatzanstieg in den Vorjahren durch die Erhöhung der Fallzahlen in der EPS hat offenbar in 2022 seinen Höhepunkt erreicht, der Umsatz ist in 2023 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 150 T€ gesunken.

2023 war das letzte Jahr, in welchem mit einem großen Schwerpunkt Migrationen vom Kommunalmaster-Veranlagung in die IFR-Veranlagung erfolgten. Daher kam es in diesem Projekt letztendlich zu einem Umsatzanstieg um 118 T€. Durch den Verfahrenswechsel kam es beim Kommunalmaster-Veranlagung zu einem geplanten Umsatzrückgang um ca. 220 T€.

Die Erhöhung in den sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum IST 2022 ist hauptsächlich in der ertragswirksamen Anpassung der Pensionsrückstellung für den ehemaligen Geschäftsführer aufgrund geänderter versicherungsmathematischer bzw. biometrischer Parameter begründet. Fortführend enthalten ist die anteilige Auflösung eines im Dezember 2021 gebildeten Sonderpostens sowie diverse periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr und parallel zum Umsatzrückgang aus Technikverkäufen deutlich gesunken und liegt rund 6 4,2 Mio. unter dem Planansatz. Der Anteil daran, der auf Materialeinkauf für Technikverkauf entfällt, liegt 3,9 Mio. Planansatz. Damit erfüllt sich die im

Vorjahr aufgestellte Prognose, dass sich die Materialverkäufe im Fachbereich Schulen in den Folgejahren nicht in gleicher Höhe fortsetzen werden.

Durch die Besetzung freier Stellen fiel der Personalaufwand wieder etwas höher aus als im Vorjahr, Der Planansatz wurde jedoch nicht ausgeschöpft, denn es konnten wiederholt nicht alle Planstellen besetzt werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalbestand 2023 weiter ausgebaut werden, um dem gestiegenen Auftragsvolumen gerecht werden zu können. Personalzugänge sind dabei in allen Bereichen zu verzeichnen. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

Aufgrund des Umsatzrückgangs hat sich die Personalaufwandsquote im Berichtsjahr deutlich erhöht und lag bei 39% (Vorjahr 31%). Neben dem Ausbau des Personalbestandes führt auch die im Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst normierte Tarifsteigerung zu dieser Entwicklung.

Die Abschreibungen erhöhten sich moderat entsprechend der getätigten Investitionen.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen deutlich höher aus als im Vorjahr. Die größten Steigerungen verursachen die Mietkosten für die Erweiterung der Geschäftsstelle In Leipzig (57 T€), Lizenzweiterungen für Software für den internen Gebrauch wie Passwortmanager, MS Office, Confluence und Ticketsystem, auch aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahl (55 T€), der Aufwand für EDV-Material aufgrund der Erneuerung der Headsets (28 T€) und die Beratungskosten für vielfältige Sachverhalte (204 T€), z.B. für die Vorgehensweise in Sachen Rückzahlung der erhobenen Umlage, für verschiedene Ausschreibungsverfahren, für die umfassende Aktualisierung Im internen ERP-System, für den weiteren Ausbau des Ticketsystems, im Zusammenhang mit den Veränderungen an der Organisationsstruktur von KISA sowie bezüglich der Zusammenarbeit zwischen KISA und Lecos GmbH inkl. der vorgelagerten Umfeldanalyse.

Darüber hinaus wurden Kosten für anstehende Rechtsstreitigkeiten berücksichtigt (243 T€), Insbesondere für eine Unterstützung von Auseinandersetzungen mit zwei Kunden sowie einem Lieferanten, aufgrund der Widersprüche gegen die im Jahr 2023 versendeten Nichterstattungsbescheide zur Umlage sowie aufgrund der internen Rollenbewertung.

Die Zinsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunken, da auch in 2023 ein niedrigerer Zinsaufwand aus der Abzinsung von Pensionsrückstellungen zu bilden war. Bei den Zinserträgen handelt es sich ähnlich wie im Vorjahr um die Auflösung von Rückstellungen, allerdings auch um Habenzinsen aus Geldanlagen.

Insgesamt ist das Jahresergebnis 2023 wesentlich höher als im Planungszeitraum erwartet. Der Hauptgrund hierfür sind eingesparte Personalaufwendungen aufgrund unbesetzter Stellen sowie der anteiligen Auflösung einer Rückstellung infolge der Rollenbewertung. Darüber hinaus konnte bei sinkendem Umsatz der Aufwandsanteil stärker reduziert werden. Das ist insbesondere beim Materialverkauf sichtbar, aber es entfalten auch andere Verfahren diese Wirkung. Beispielhaft sei hier das Digitale Wohngeld genannt: Dort konnte der Umsatz deutlich gesteigert werden bei nur wenig erhöhten Rechenzentrums-/ Fremdleistungen. Diese Entwicklung fängt Umsatz- und parallele Aufwandsrückgänge bei anderen Verfahren auf, wie beispielsweise bei der Elektronische Poststelle oder bei den über die Lecos GmbH eingekauften Handelsprodukten wie IKOL-Kfz, KIVAN oder DIGASax. Nicht zuletzt wurde das Jahresergebnis durch das Auflösen weiterer Rückstellungen begünstigt.

b) Finanzlage

Investitionen 2023

In der Infrastrukturbetreuung kam es aus verschiedenen Anlässen zu zeitlichen Verschiebungen. Teilweise wurden Investitionen nach der Planung für das Jahr 2023 vorgezogen in das Jahr 2022, bei anderen Kunden wurden Investitionen auf Kundenwunsch oder aus anderen Gründen nach 2024 verschoben und die investiven Mittel hierfür nach 2024 übertragen.

Die geplanten Investitionen für IT-Schulen wurden in 2023 aufgrund fehlender Aufträge nicht umgesetzt. Das Investitionsvolumen wurde auf andere Kundenaufträge in der Infrastrukturbetreuung umgewidmet.

Die aus dem Vorjahr in das Jahr 2023 verschobene Migrationen im Finanzwesen konnten nachgeholt und ein Teil der übertragenen investiven Mittel dafür eingesetzt werden. Die ebenfalls aus dem Vorjahr in das Jahr 2023 verschobenen Investitionen für den Umbau in der Geschäftsstelle Leipzig sind erfolgt. Insgesamt konnten aber auch einige investive Mittel eingespart werden.

Neben den geplanten Investitionen sind in 2023 auch Investitionen zur Umsetzung gekommen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2022 nicht komplett getätigt werden konnten, so für den Service Desk. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus restlichen Mitteln des Investitionskredites 2022.

Im Verlaufe des Jahres war ersichtlich, dass nicht alle geplanten Investitionen zur Umsetzung kommen und sich damit ähnlich wie im Vorjahr ein Verzug bei den investiven Tätigkeiten fortsetzt. Daher wurde mit einem Investitionskredit von 720 T€ nicht der maximal mögliche Betrag der Kreditermächtigungen aufgenommen.

Kapitalstruktur

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital inkl. Sonderposten abzüglich Steueranteil) beträgt zum 31.12.2023 34 % (Vorjahr: 32 %) und die Fremdkapitalquote 66 % (Vorjahr: 68 %). Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich aufgrund des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschusses um 124 T€ erhöht.

Die Rückstellungen reduzieren sich im Jahr 2023 deutlich. Dies ist insbesondere durch entsprechende Inanspruchnahme und Auflösung der in den Vorjahren gebildeten Steuer- und Personalrückstellungen begründet.

Der im Jahr 2018 aufgenommene Investitionskredit wurde mit 50 T€, der Investitionskredit von 2019 mit 205 T€, der Investitionskredit 2020 mit 162,5 T€, der Investitionskredit von 2021 mit 327,5 T€ und der Investitionskredit 2022 mit 365,4 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2023 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 720 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung am 27.09.2023.

Die Liquidität ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen erfuhr im Jahr 2023 einen leichten Rückgang (-74 T€). Die Abschreibungen beliefen sich auf 1.132 T€, denen die oben aufgeführten Investitionen in Höhe 1.095,9 T€ gegenüberstehen.

Die Anlagenintensität liegt bei 20 %.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 140 T€ verringert. Der Forderungsbestand erhöhte sich und die liquiden Mittel sind etwas gesunken. Die Forderungen gegenüber den Verbandsmitgliedern von KISA beliefen sich zum 31.12.2023 auf 3.708 T€.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Ein wesentlicher Leistungsindikator nichtfinanzieller Art ist gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Attraktive Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven spielen dabei eine wichtige Rolle und bilden eine gute Grundlage, den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern bietet KISA neben einer umfassenden Rahmenarbeitszeit auch die Möglichkeit zur mobilen Telearbeit an.

Zudem werden jährlich erhebliche Summen innerhalb der Wirtschaftsplanung für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter bereitgestellt. Zur Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter von KISA sind höhenverstellbare Schreibtische bereits Standard. Die Zahl der Mitarbeiter der KISA hat sich im Wirtschaftsjahr um 16 erhöht. Zum Bilanzstichtag waren 168 Mitarbeiter beschäftigt. Das sind 10 % mehr als im Vorjahr.

Einen bedeutenden beidseitigen Wirtschaftsfaktor stellt zudem die einfachere (für unsere Verbandsmitglieder vergabefreie) Beschaffung von Technik dar sowie die Möglichkeit, Technik im Rahmen der Infrastrukturbetreuung zu erhalten.

Zur Kundenbindung bietet KISA vielfältige Schulungsprogramme an. Die Spannweite der Schulungen reicht vom Grundlagenlehrgang bis hin zu speziellen Einzelthemen. So nahmen in 2023 über 1.350 Teilnehmer an 117 durchgeführten Schulungen teil. Davon wurden 33 Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt. Weiterhin werden jährlich kostenfreie Kunden- und Regionalforen sowie Anwendertage angeboten, die der Kundenbindung sowie Präsentationen von neuen Produkten bzw. Weiterentwicklungen innerhalb der Bestandsprodukte dienen.

KISA konnte in 2023 sechs neue Verbandsmitglieder gewinnen. Deren Eintritt wird erst in 2024 wirksam vollzogen. Für eine dauerhaft erfolgreiche Wirtschaftsführung spielt immer zunehmender die Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. KISA nutzt bereits seit einigen Jahren umfangreich digitale Prozesse im eigenen Unternehmen und konnte damit schon weitreichend auf den papierhaften Belegtausch verzichten. Mit dem Vertrieb und der weiteren Entwicklung von Produkten und Prozessen im digitalen Belegtausch leistet KISA für seine Verbandsmitglieder und Kunden einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit.

5. Gesamtaussage

Zum Jahresende 2023 entstand ein positives Ergebnis von 251 T€ (Vorjahr 1,395 T€). Da ursprünglich ein Fehlbetrag von 1,1 Mio. € eingeplant war, wurde ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Der in den letzten beiden Jahren massiv angestiegene Technikverkauf war in 2023 deutlich rückläufig. Damit erfüllt sich die im Vorjahr aufgestellte Prognose, dass sich die Materialverkäufe im Fachbereich Schulen in den Folgejahren nicht in gleicher Höhe fortsetzen werden. Dies wird auch für die nächsten Jahre erwartet, denn derzeit sind keine baldigen neuen Fördermaßnahmen erkennbar.

Der laufende Umsatz inkl. Beratungs- und Schulungsleistungen bleibt davon unabhängig stabil mit leicht steigender Tendenz. Bei besserer Besetzung der freien Personalstellen ist Potential für weitere Umsatzsteigerungen vorhanden.

Ursachen für das positive Ergebnis im Vergleich zum Planansatz waren insbesondere:

- geringere Personalaufwendungen und nicht besetzter Stellen
- zum Umsatzrückgang über reduzierter Materialaufwand
- niedrigere Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionen
- deutliche Reduzierung der Rückstellungen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an. Trotz anhaltender Preissteigerungen in vielen Lebens- und Wirtschaftsbereichen waren überdurchschnittliche Preissteigerungen beim Zweckverband auch in 2023 kaum erforderlich. Lediglich die Preise für Kurierleistungen mussten aufgrund stark gestiegener Kraftstoffpreise und Fahrermangel überdurchschnittlich erhöht werden. Die Ertragslage ist weiterhin abgesichert.

KISA setzt bezüglich der eigenen Entwicklung weiterhin auf die Schwerpunkte rund um die Digitalisierung in den Verwaltungen, ohne jedoch die Qualität bei der Betreuung der bei den kommunalen Kunden etablierten Verfahren zu reduzieren. Wenn es KISA in Zukunft gelingt, den eigenen Fachkräftebestand zu sichern und auszuweiten, kann das gewünschte hohe Maß an Erreichbarkeit und Serviceerbringung auch zukünftig abgesichert und ausgebaut werden.

III. Prognosebericht

In der Zukunft soll die Ertragskraft von KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltige Geschäftsentwicklung beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2024 u. a. sein:

- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Optimierungen am Service Desk und Servicemanagement Tool

- weiterer Ausbau der Leistungen im Antragsmanagement in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren, dabei insbesondere fachliche Entwicklung zu noch mehr Automatisierung und damit zu einem erhöhten Komfort für die Anwender
- Nutzung und Ausbau der in VOIS.online integrierten Online-Antragsassistenten für den Einwohnermeldebereich sowie für Wahlen
- Ausweitung der Nutzung der Produktlinie VOIS
- Ausstattung und Beratung von Schulen, Remote-Betreuung und Service-Management
- Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit und Datenschutz
- Aufbau der Beratungsleistung Unterstützung im Notfall-Management für die Kunden
- Einführung der Finanzsoftware Infoma bei weiteren Kunden
- Umstellung des Finanzverfahrens IFR auf eine webbasierte Version
- weitere Etablierung des Services Digitale Kommune und eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Umsetzung der erkennbaren Potentiale zur weiteren Digitalisierung
- Weiterentwicklung der prozessorientierten Architektur
- Optimierung der Organisationsstruktur und Etablierung eines Geschäftsbereiches für Technologie und Digitalisierung, in welchem auch die Produktentwicklung konzentriert ist
- Ausbau der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern
- Ausbau der Zusammenarbeit mit der ProVitako e.G.
- Prüfung des Aufbaus einer zentralen Stelle für Bedarfs-, Beschaffungs- und Vergabemanagement für die Mitglieder des Zweckverbands sowie die weiteren Kommunen in Sachsen.

Für das Jahr 2024 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 20.10.2023 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 424 T€, eine Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages von 424 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.560 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2024 wurde mit 6.355 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Die Umsätze 2024 werden sich im Vergleich zum Planansatz des Vorjahres um ca. 4,5 Mio. € erhöhen. Die Erhöhung resultiert aus mehreren Entwicklungen, insbesondere aus besonders hohen einmaligen Erträgen für die Wahlen in 2024, die Vereinheitlichung der Kosten für Beratungsleistungen, einer nahezu flächendeckenden Preiserhöhung, aber auch aus Umsatzsteigerung im Schwerpunkt beim Wohngeld, im Einwohnermeldewesen und bei der Betreuung von Schulen.

Die Umsätze bei den Materialverkäufen für IT-Technik von Schulen verringern sich planmäßig um ca. 850 T€ im Vergleich zum Vorjahr, korrespondierend verringern sich die Aufwendungen. In den Wirtschaftsplan 2024 ist der besonders hohe Tarifabschuss Im öffentlichen Dienst eingeflossen und hat zu einer Erhöhung der Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Mio. € geführt.

Auf der Grundlage der BWA 02/2024 prognostiziert der Zweckverband ein Jahresergebnis 2024 unter dem Planwert. Insbesondere werden voraussichtlich die Planziele im Antragsmanagement, im Fachbereich Schulen, im Finanz- und Einwohnermeldewesen nicht erreicht werden können. Dem gegenüber stehen Mehrerträge beim DMS und Minderaufwendungen im Personalwesen. Darüber hinaus werden Minderaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen sowie aufgrund zeitlicher Verschiebungen von Investitionen für die Abschreibungen erwartet. Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen agiert der Zweckverband bedacht. Im Übrigen überprüft die Geschäftsleitung sowohl die Entwicklung der monatlichen Hochrechnung wie auch die Wirksamkeit der zur Gegensteuerung eingeleiteten Maßnahmen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Für KISA sind bisher die folgenden Chancen und Risiken erfasst.

Chancen hat der Zweckverband in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad
- eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Bedürfnisermittlung und konkreten Bedürfnisbefriedigung
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen
- unser Produktportfolio sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen
- IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Ausweitung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und tiefer Integration der Digitalisierung in die Fachverfahren
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz
- den Ausbau der Leistung im Bereich Schulen
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder
- eine enge Zusammenarbeit mit den Herstellern und schnelle Umsetzung gesetzlicher Änderungsbedarfe
- die Weiterentwicklung der angebotenen Verfahren bzw. von Schnittstellen für ein mobiles Arbeiten und digitale Datenintegration gemeinsam mit den Herstellern

Im Bereich der Beschaffung wird KISA in der Zukunft weiterhin von der Beteiligung an der ProVitako e.G. profitieren. KISA verbindet eine bereits langjährige Mitgliedschaft und gute Zusammenarbeit mit der ProVitako e.G. Mit ihr hält KISA bereits jetzt mehrere Rahmenverträge zu Technik, aus denen regelmäßig abgefordert wird. Die ProVitako e.G. ist eine Einkaufsgenossenschaft für kommunale IT-Dienstleister. Über sie können die Bedarfe mehrerer Dienstleister gebündelt und somit günstigere Bezugsbedingungen erzielt werden. Darüber hinaus reduziert KISA durch eine Teilnahme an den Beschaffungsvorhaben der ProVitako e.G. die eigenen Aufwände und sichert sich über entsprechenden Rahmenverträge schnelle Abrufmöglichkeiten.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der demographischen Entwicklung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen
- zurückhaltende Beauftragung der Kommunen durch die sich verschlechternde finanzielle Ausstattung der Kunden
- anhaltenden Lieferschwierigkeiten bei Hardware und daraus resultierenden langen Lieferfristen aufgrund von weltweiten Produktionsausfällen und Logistikengpässen
- einer gewissen Unzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen im Kundenservice aufgrund der Anpassung der Prozesse und Supportleistungen an die Standards von ITIL
- nicht möglicher Akquise von qualifiziertem Personal

Neben der Bereitstellung eines breiten Portfolios an kommunaler Informations- und Kommunikationstechnik verstärkt KISA daher weiterhin seine Tätigkeiten in der fortschreitenden Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung. Im Vordergrund steht dabei der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Amt bzw. Rathaus sowie die IT-Ausstattung in den Schulen. Für die Ausweitung der Tätigkeiten von KISA in diesem Bereich arbeitet KISA mittlerweile oft erfolgreich in Netzwerken mit Partnern zusammen.

Dabei ist fortgesetzt die enge Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH ein Schwerpunkt. Diese ist Auftraggeber für IT-Dienstleister für die Umsetzung der Aufgaben des OZG. Neben KISA sind nach wie vor die Lecos GmbH, der Eigenbetrieb Dresden (eBit) und die IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz sowie die Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (SAKD) als Gesellschafter der Komm24 GmbH daran beteiligt, die kommunalen Geschäftsprozesse zu analysieren und nach Möglichkeit zu standardisieren.

Um die flächendeckende Digitalisierung der Verwaltungsleistungen zu beschleunigen, übernimmt die Sächsische Staatskanzlei seit 01.07.2022 bis voraussichtlich 31.12.2024 für alle Kommunen in Sachsen die Finanzierung für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten. Die Schnelligkeit bei der Umsetzung neuer Onlineanträge ist damit jedoch von den Landeshaushaltsmitteln und der Beauftragung der SAKD an die Komm24 GmbH abhängig. Aktuell besteht über den Zeitraum nach 2024 keine vollständige Klarheit über die Strategie im Freistaat Sachsen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bzw. ist zu beobachten, dass der Freistaat über die Anwendung des EFA-Prinzips nachdenkt. Demnach sollen die von anderen Bundesländern digitalisierten Verwaltungsleistungen nachgenutzt und nicht selbst entwickelt werden. Davon können die vertraglichen Beziehungen zwischen KISA und der Komm24 GmbH betroffen sein: KISA übernimmt derzeit das Rollout bzw. die Ersteinrichtung von Onlineanträgen sowie die Erbringung des laufenden Supports für Kommunen.

Der Freistaat Sachsen stellt über die SAKD bzw. die Komm24 GmbH die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung. Aktuell, auch im Kontext der Landtagswahl 2024, ist die künftige Finanzausstattung jedoch ungeklärt. Ein sinkendes Auftragsvolumen mit Auswirkungen auf die Ertragslage des Zweckverbandes kann nicht ausgeschlossen werden.

Die Digitalisierung in Schulen wurde in den letzten Jahren durch verschiedene Fördermaßnahmen deutlich unterstützt. Aktuell sind jedoch neue Fördermaßnahmen nicht zu erkennen, so dass in der Branche wie auch bei KISA dieses Tätigkeitsfeld voraussichtlich rückläufig sein wird.

Die Leistungen von KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Besonderen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Eine wesentliche Investition über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus ist dafür die Weiterentwicklung des neuen Architekturmodells zur Vernetzung aller von KISA angebotenen Produkte.

Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenüber steht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das Dokumentenmanagementsystem, das Antragsmanagement, die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit und Datenschutz sowie die technische Ausstattung in Schulen zählen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Das setzt voraus, dass in der KISA ein ausgeprägtes Wissen über die kommunalen Abläufe und Bedürfnisse sowie über gesetzliche Entwicklungen vorhanden ist und eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird. Dafür ist insbesondere ein ständiger enger Austausch mit den Kunden erforderlich, für den der Zweckverband seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbildet sowie immer mehr das Team Digitale Kommune.

C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

Geschäftsverlauf:

Das ordentliche Ergebnis 2023 betrug 2.136.236,96 EUR und ist damit um 1.111.763,04 EUR schlechter als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.

Das außerordentliche Ergebnis betrug 0,00 EUR.

Das Gesamtergebnis als Summe aus ordentlichem Ergebnis und Sonderergebnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 23 SächsKomHVO) betrug 2.136.236,96 EUR und ist damit um 1.111.763,04 EUR schlechter als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant.

Entwicklung der ordentlichen Erträge:

Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten

Bedingt durch die positive Zinsentwicklung gab es in 2023 wieder Zinserträge in Höhe von 2.161,01 €.

Erträge aus Gewinnanteilen

Der wichtigste Ertrag ist die Ausschüttung des Gewinnes des 100 %-Tochterunternehmens KVES. Die KVES, die mit 25,5 % an der eins energie in sachsen GmbH & Co.KG beteiligt ist, konnte einen Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 16.161.356,55 EUR erzielen. Gemäß Gesellschafterbeschluss wurden 13.096.000,00 EUR an den Zweckverband ausgeschüttet und der Restbetrag in Höhe von 3.065.356,55 € wurde in die Gewinnrücklage der KVES eingestellt. Die Erträge aus Gewinnanteilen stimmen mit dem Planansatz überein.

Sonstige Erträge

Bei der Fusion der Stadtwerke Chemnitz AG und der Erdgas Südsachsen GmbH zur eins energie in sachsen GmbH & Co. KG wurde zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband ein Konsortialvertrag abgeschlossen. Entsprechend § 7 Abs. 6 dieses Vertrages kehrt die Stadt Chemnitz an den Zweckverband 50 % der Gewerbesteuerermehreinnahmen aus, die aus Darlehen der KVES an die Gesellschaft bzw. der Nichtabzugsfähigkeit der daraus zu zahlenden Zinsen oder dem Guthaben auf dem Kapitalkonto II der KVES nach §§ 5 Abs. 2a, 25 Abs. 6 Buchstabe c) des Gesellschaftsvertrages resultieren. Im Jahr 2023 waren dies 110.092,66 EUR.

Aufgrund der Steigerung des im Jahresabschluss der KVES ausgewiesenen Eigenkapitals von 312.145.156,69 auf 314.277.477,82 wurden für den Zweckverband weitere 2.132.321,13 € an sonstigen Erträgen zugeschrieben.

Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen:

Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagevermögen

Die Bewertung der Beteiligung an der KVES erfolgte gemäß § 61 Abs. 6 SächsKomHVO nach der Eigenkapitalspiegelmethode. Entsprechend der FAQ 2.12 werden bei der Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode Wertveränderungen ganz allgemein über die Mehrung bzw. Minderung des Eigenkapitals des Unternehmens und der daraus resultierenden Zu- bzw. Abschreibung des Wertansatzes in der kommunalen Bilanz berücksichtigt.

In 2023 erfolgten keine Abschreibungen

Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen

Im Haushaltsplan des Zweckverbandes wurde eine Gewinnausschüttung an die Verbandsmitglieder in Höhe von 13.147.600,00 EUR veranschlagt. Diese Summe wurde am 12. Mai 2023 an die Mitgliedskommunen überwiesen.

sonstige ordentliche Aufwendungen

Unter die sonstigen ordentlichen Aufwendungen fallen unter anderem die Entschädigung der Mitglieder im Verwaltungsrat des Zweckverbandes in Höhe von 7.075,00 EUR und der Aufwand für die Datenverarbeitung in Höhe von 4.498,20 EUR für die Ersteinrichtung der Buchhaltungssoftware Axians Infoma GmbH.

Unter dem Konto der Geschäftsaufwendungen wurden 5.576,60 EUR (Vorjahr 9.600,97 EUR) verbucht. Dies sind monatliche Kontoführungsgebühren, Entgelte für das elektronische Banking und Porto. Größter Posten hierunter ist jedoch die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 in Höhe von 3.965,68 € (welche als Rückstellung erfasst ist).

Auslagen für die Sitzung des Verwaltungsrates wurden unter dem Konto sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten in Höhe von 1.813,00 EUR verbucht.

Die Haftpflichtversicherung beträgt wie im Vorjahr 2.499,00 EUR.

Der Zweckverband verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes wurde durch die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ausgeübt. Hierzu wurde zwischen dem Zweckverband und der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 35.276,04 EUR aufgewendet.

Entwicklung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen:

Im Jahr 2023 wurden weder außerordentliche Erträge noch Aufwendungen verbucht.

Vermögenslage:

Das Vermögen des Zweckverbandes hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 2.136.236,96 EUR erhöht. Dabei haben die Positionen des Fremdkapitals in Höhe der Rückstellung keinen Einfluss, da sich die Rückstellung vom Betrag nicht verändert hat. Die Erhöhung begründet sich allein auf das positive Jahresergebnis, welches in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wurde.

Entwicklung und mögliche Risiken

Das wesentliche Ziel des Zweckverbandes besteht darin, die Belange der Verbandsmitglieder gegenüber der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG auf dem Gebiet der Gasversorgung wahrzunehmen und in dieser Weise zu fördern sowie die Interessen der Abnehmerschaft zu wahren. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der 100 %-Tochter KVES. Der Zweckverband hält über sein Tochterunternehmen KVES zusammen mit der Stadt Chemnitz 51 % der Anteile an der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG.

Die kommunale Seite stellt die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder, den Aufsichtsratsvorsitzenden und den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Sie hat somit wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsführung und Entwicklung der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband wurde in einem Konsortialvertrag geregelt.

Risiken für den Zweckverband können sich lediglich aus der Beteiligung an der KVES ergeben.

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Unternehmen und Zweckverbände

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen